

# Metallarbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter.

Erscheint wöchentlich am Samstag.  
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.  
Reichspost-Zeitungsliste Nr. 5047 a.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherr.  
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Höfstraße Nr. 16 b.  
Telephonruf Nr. 3392.

Inserate  
für die sechsgespaltene Solofeldseite oder deren Raum 80 Pf.  
Bei Wiederholungen Rabatt.

## Arbeiterbewegung und Klassenkampf.

Auf dem vielbesprochenen „ersten deutschen Arbeiterkongress“ der „christlichen“ und „nationalen“ Arbeiter, der in Frankfurt a. M. abgehalten wurde, ist wieder der Klassenkampfcharakter der Arbeiterbewegung geleugnet worden. Schifferstrefeld forderte in seiner Resolution, betreffend das Koalitionsrecht zc., „alle unorganisierten deutschen Arbeiter zum Beitritt zu jenen gewerkschaftlichen Organisationen auf, die nicht auf dem Boden des Klassenkampfes stehen“. Solche „Arbeiterorganisationen“ gibt es ja in der Tat, es sind die konfessionellen Organisationen, wie katholische Gesellenvereine mit dem Kaplan als Präses an der Spitze, die katholischen Männer- und Jünglingsvereine mit einem Pfarrer oder ähnlichem „Arbeiter“ als Vorsitzenden, die evangelischen Arbeiter-, Männer- und Jünglingsvereine mit Pastoren zc. als leitenden Geistlichen. Alle diese Vereine sind in der Tat keine Klassenkampforganisationen, wenigstens keine proletarischen, denn sie sind schon gegen die Interessen der Arbeiterklasse als Schutztruppen des Geldsacks, der „Ordnung, Sitte und Religion“ ins Feld geführt und so mißbraucht worden.

Etwas anderes ist es aber mit den „christlichen“ und „nationalen“ Gewerkschaften, deren Mitglieder und Leiter ausschließlich Arbeiter und die die Befreiung von Mißständen in Fabriken und Werkstätten, Arbeitsverkürzungen und Lohn-erhöhungen anstreben, gegen Lohnreduktionen und andere Verschlechterungen und Arbeitsbedingungen sich wehren und so Klasseninteressen vertreten und Klassenkämpfe führen. Und diese Tätigkeit entfalten in der Tat diese Gewerkschaften ebenfalls, sie stehen demnach ebenso auf dem Boden des Klassenkampfes wie die freien Gewerkschaften. Wenn aber die christlich-nationalen Gewerkschaftsführer trotzdem von ihren Organisationen sagen, daß sie nicht auf dem Boden des Klassenkampfes stehen, wie sie das in Frankfurt a. M. getan, so setzen sie sich dadurch mit den Tatsachen in Widerspruch und sie bekunden dadurch eine solche theoretische Rückständigkeit und Einsichtslosigkeit, daß ihnen nur dringend angeraten werden kann, von nun an weniger das Gebetbuch und dafür mehr nationalökonomische, sozialpolitische und sozialwissenschaftliche Bücher zur Hand zu nehmen, um daraus etwas zu lernen und sich für ihre Rollen als Gewerkschaftsführer zu befähigen, während sie sich heute, wie dies Schiffer und anderen in Frankfurt a. M. passierte, mit ihren verständnislosen Reden vor allen Urteilsfähigen nur blamieren. Da haben die kapitalistisch-junkerlich-pfäffischen Drahtzieher in der Zentrumsparthei, wie zum Beispiel der berühmte Baron Savigny, ganz anderes Verständnis für den Klassenkampfcharakter auch der christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung; Savigny und im Bunde mit ihm die Bischöfe erörtern gegen die reine Gewerkschaftsbewegung und führten vor mehreren Jahren einen förmlichen Feldzug — einen Klassenkampf — gegen sie, zu dem Zwecke, sie wieder auszurotten und nur

lauter „katholische Arbeitervereine“ unter der bewährten Leitung der unvermeidlichen Kapläne als Präsidios zu gründen. Aber auch die Art, wie die frommsten katholischen Unternehmer und Ausbeuter ihre christlichen und unchristlichen Arbeiter behandeln, wie sie ihrer gewerkschaftlichen Organisation gegenüberstehen, die Gleichberechtigung der Arbeiter als Kontrahenten des Arbeitsvertrags mit Füßen treten; wie ferner die von reichen Zentrumsherren herausgegebenen Zeitungen durchwegs in allen Fragen auf Seite der Unternehmer stehen und die Ansprüche der Arbeiter gemeinsam mit den Ausbeutern bekämpfen, eine brutale arbeiterfeindliche Geldsackpolitik betreiben; wie sie selbst als „Heher“, „Unruhe- und Unfriedensstifter“ verhetzt und verlästert werden, sollte den christlichen Gewerkschaftsführern die Einsicht einbläuen, daß es ein Klassenkampf, nicht ein vereinzelt vorkommender Kampf einzelner mit einzelnen ist, der sich da alltäglich zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Unternehmern und Arbeitern, zwischen Ausbeutern und Ausgebeuterten, zwischen Besitzenden und Besitzlosen abspielt.

Hört man den Unverstand der christlichen Gewerkschaftsführer und ihrer gesamten bürgerlichen Gönner, denen es nur um das verächtliche römische „divide et impera“, um das Teile und Herrsche, um die Forderung und Aufrechterhaltung der Zerrissenheit und Unetnigkeit der Arbeiter zum eigenen Nutzen zu tun ist, über den Klassenkampf schwätzen, so könnte man meinen, es handle sich dabei um eine besonders bodenlose Schleichheit der Sozialdemokratie, die nur für ihre verruchten Zwecke den Klassenkampf eigens erfunden hat. In Wahrheit verhält es sich so, daß die Sozialdemokratie den Klassenkampf nicht nur nicht erfunden hat, sondern daß sie selbst das ureigenste Produkt des Klassenkampfes ist. Der Boden des Klassenkampfes wird von den Klassengegensätzen gebildet, die heute von niemanden mehr geleugnet werden. Mit der Anerkennung der Klassengegensätze wird ohne weiteres auch das Vorhandensein von Klassen, der Zwiespalt der Gesellschaft anerkannt. Hat man die Klassengegensätze erkannt, so hat man damit auch das Klassenbewußtsein erlangt und ist so in der Lage, mit klarem Bewußtsein die Wahrnehmung der Interessen seiner Klasse gegenüber der anderen Klasse betreiben zu können. Auf Seite der Besitzenden und Herrschenden war stets ein klares Klassenbewußtsein vorhanden, leider aber nicht auf der Seite der Besitzlosen und Beherrschten und ihre Auflehnung gegen die Unterdrücker war daher wohl ein tatsächlicher, aber nicht bewußter Klassenkampf. In dieser Lage befindet sich auch heute noch die „bürgerliche Arbeiterbewegung“, deren Vertreter mit kindlicher Unentwickeltheit der Welt verkünden, daß sie nicht auf dem Boden des Klassenkampfes stehen, um ein Merkmal zur Untercheidung von der Sozialdemokratie aufzustellen und sich ihren bürgerlichen Gönnern als der getreue Eckardt des Geldsacks in empfehlende Erinnerung zu bringen. Die Leugnung des Klassenkampfes gleicht dem bekannten Zitat: „Somme, siehe still!“ und die Begeisterung

der auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Arbeiterbewegung durch jene Armen im Geiste der Verfolgung und Folterung der Galilai, Kopeznikus und anderer durch das unwissende fanatische Pfaffenstum. Haben übrigens die Schiffer und Konsorten schon einmal von Unternehmerorganisationen, wie etwa von dem berüchtigten Schafmachersverband, dem Verband der Kühnenmänner zc. die Proklamation vernommen, sie ständen nicht auf dem Boden des Klassenkampfes? Jede Unternehmerorganisation ist eine Klassenkampforganisation und sie wäre es auch dann, wenn sie es nach dem Vorbild der kindlichen „Christlichen“ bestritten würde.

Wie wenig der Klassenkampf eine Erfindung der Sozialdemokratie ist, hat in klassischen Sätzen Karl Marx im „kommunistischen Manifest“ nachgewiesen. Er schreibt daselbst: „Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen. Freier und Sklave, Patrizier und Plebejer, Baron und Leibeigener, Zunftbürger und Geselle, kurz, Unterdrücker und Unterdrückte standen in jenen Gegensatz zu einander, führten einen ununterbrochenen, bald versteckten, bald offenen Kampf, einen Kampf, der jedesmal mit einer revolutionären Umgestaltung der ganzen Gesellschaft endete oder mit dem gemeinsamen Untergang der kämpfenden Klassen. In den früheren Epochen der Geschichte finden wir fast überall eine vollständige Gliederung der Gesellschaft in verschiedene Stände, eine mannigfaltige Abstufung der gesellschaftlichen Stellungen. Im alten Rom haben wir Patrizier, Ritter, Plebejer, Sklaven; im Mittelalter Feudalherren, Vasallen, Zunftbürger, Gesellen, Leibeigene und noch dazu in fast jeder dieser Klassen wieder besondere Abstufungen. Die aus dem Untergang der feudalen Gesellschaft hervorgegangene moderne bürgerliche Gesellschaft hat die Klassengegensätze nicht aufgehoben. Sie hat nur neue Klassen, neue Bedingungen der Unterdrückung, neue Gestaltungen des Kampfes an die Stelle der alten gesetzt. Unsere Epoche, die Epoche der Bourgeoisie, zeichnet sich jedoch dadurch aus, daß sie die Klassengegensätze vereinfacht hat. Die ganze Gesellschaft spaltet sich mehr und mehr in zwei große feindliche Lager, in zwei große, einander direkt gegenüberstehende Klassen: Bourgeoisie und Proletariat.“

Hat die Sozialdemokratie, wie Marx zeigt, die Klassengegensätze und den Klassenkampf nicht erfunden, so ist es auch nicht ihr Ziel, sie aufrecht zu erhalten und zu verewigen, wie offenbar den christlichen Gewerkschaftlern in ihrem kindlichen Gemüt vorzschwebt. Im Gegenteil ist für sie der Klassenkampf nur das Mittel zum Zweck, zur Erreichung des Endziels, das in der Beseitigung der Klassengegensätze, in der Aufhebung der Klassen und in der Beendigung des Klassenkampfes besteht. Um das einzusehen und zu begreifen, muß man freilich etwas lernen, muß sich Wissen, Einsicht und Urteil aneignen, um nicht anderen das dümmste Zeug gedankenlos nachplappern zu müssen. Und darum können wir den Schiffer und Konsorten nur dringend empfehlen, weniger zu beten und weniger an

## Ein Betriebsunfall und seine Folgen.

Von E. G.

### II. Ein Musterfall nach dem Gewerbeunfallversicherungs-gesetz.

Seider sollte Frey früher an sein gegebenes Versprechen erinnert werden als ihm selbst lieb war. Kaum waren einige Wochen wieder ins Land gegangen, als aus dem Kesselraum der Firma Schneidig & Co. ein markterlösender Schrei erklang. Die zunächst Arbeitenden ritten schnell herbei; es bot sich ihren Augen ein entsetzlicher Anblick dar. Der 38 Jahre alte Maschinist Kober war augenscheinlich vom großen Dreiradmotor des Motors erfaßt und in die Höhe gezogen worden, so daß er an die Decke gedrückt, leblos herabgefallen war. Nistreich, ohne Klage und Geschrei, bemähten sich seine bestützten Mitarbeiter um den Schwerverletzten. Telephonisch rief man den nächstwohnenden Arzt herbei. Inzwischen trug man den Verletzten in den Hof der Fabrik, um ihn notdürftig zu entleiden, das hervorquellende Blut stillen zu können. Doch vergeblich wartete man auf den verlangten „Verbandskasten“, in welchem sich doch Watte, Verbandstoffe zc. befinden sollte. Als man endlich den bewußtesten Kasten gefunden hatte, der doch laut Vorschrift und „Extra-Anordnung“ der Direktion stets zur Hand sein sollte, zeigte es sich, daß er — leer war! „Eine schöne Wirtschafft das“, brumnten die harrenden Samariter, doch der „Alte“ tat verlegen, als ob er kein Wort verstanden hätte. Zum Glück kam der gerufene Arzt, der ahnungsvoll sich in Eile eine Quantität Verbandzeug eingekauft hatte. Schnell war jetzt ein Notverband angelegt und der Schwerverletzte auf Befehl des Arztes in das zunächst gelegene Krankenhaus transportiert, da der Arzt bei der Schwere der Verletzung ein Verbringen in die Wohnung des Verunglückten für unstatthaft hielt.

Frey erbot sich freiwillig, der Familie des Verunglückten die schredliche Botchaft zu überbringen und nach Möglichkeit Trost zu spenden. Er traf im vierten Stocke einer Mietskajerne die ahnungslose Frau des Verunglückten an, die Vorbereitungen für das Abendessen ihrer aus 5 Köpfen bestehenden Familie traf. Erschrocken starrten dem fremden Mann die Augen von 6 Kinderchen entgegen, von denen das jüngste kaum zwei Jahre alt war. Frey versprach der stillweinen Frau, sofort nochmals in das Krankenhaus zu eilen und dann wieder Antwort zu bringen, wie es dem Vater ergehe. Doch war es den Ärzten unmöglich, an diesem Abend schon bestimmte Auskunft zu geben, da außer der schweren Kopfverletzung auch eine

Verletzung des Hüftgürtels konstatiert wurde. Erst am folgenden Morgen wurde der armen Frau im Spital der einigermaßen beruhigende Bescheid, daß Lebensgefahr nicht vorhanden sei und nach wochen- oder vielleicht monatlanger Pflege eine Wiederherstellung des Verunglückten in Aussicht stehe. Auf Anraten Freys, der in der Mittagspause zu der Familie des Verunglückten geeilt war, begab sich Frau Kober auf das Bureau der Ortskrankenkasse, bei ihr Ehemann auf Grund seiner Beschäftigung in der Firma Schneidig & Co. ein Mitglied angehörte. Hier wurde ihr der Bescheid, daß der Kassenarzt, Dr. Richter, der die erste Hilfe geleistet hatte, schon den „Fall“ der Kasse gemeldet habe und es sei bereits nach Prüfung des Antrages dem Krankenhaus ein Garantieschein über die Pflegekosten von zwei Mark pro Tag bis zum Ablauf der ersten dreizehn Wochen ausgestellt. Einigermassen beruhigt verließ die schwergeprüfte Frau das Bureau, nachdem ihr noch aufgegeben wurde, alle Samstag das für ihre Familie zustehende Krankengeld zu erheben. Frey erklärte der Frau nach einigen Tagen auf ihr Befragen, daß sie zum Abheben des Krankengeldes keinen Schein vom Arzte nötig habe, da ja der Verletzte sich im Krankenhaus befinde. Sie habe allwöchentlich die Hälfte des Krankengeldes zu beanspruchen, das ihrem Ehemann nach den Statuten der Kasse zustehet. An der Hand der Statuten erklärte er der Gesetzesunkundigen Frau, die zum ersten Male ein Kassenstatut in Händen hatte, daß ihr Ehemann der Ortskrankenkasse in Lohnklasse I zugehöre, das Krankengeld 14,40 Mk. pro Woche betrage, folglich allwöchentlich 7,20 Mk. Unterstützung von der Kasse erhalte. Eine Wohlthat für die Familie war es dann, daß der Verletzte jahrelang verforglich schon der „Metallarbeiterkrankenkasse“ noch als Mitglied angehörte und aus dieser ihm noch ein Zuschuß zum Krankengeld von 13,80 Mk. pro Woche zustand, so daß der Lohnausfall doch nicht so schmerzlich verspürt wurde.

In der Fabrik der Firma Schneidig & Co. hatte man inzwischen die Anmeldung des „bedauerlichen“ Unfalls, wie der Chef ägerlich meinte, gemacht, indem man den bewußtesten gelben Bogen der Polizeibehörde und der Süddeutschen Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft in Sektion VI zu Mainz überlieferte. Gar wichtig teilte das „gelegentlich“ der Alte dem Distriktsklub dann mit, um den Beweis zu liefern, daß die Firma damit ihre gesetzliche Pflicht genügt habe. An eine Fortzahlung des Lohnes, wenigstens für die ersten paar Wochen an die Familie des Verletzten, der zwölf Jahre im Betrieb tätig war, war natürlich nicht zu denken. Der Chef, dem noch andere Gedanken im Kopfe herumgingen, sollte einen diesbezüglichen Vorschlag des Profuturisten abgelehnt haben, da die Familie ja jetzt Krankengeld und

später ja Unfallrente erhalte; der Betrieb ohnedies durch die „hohen Beiträge zu diesen Kassen genug belastet“ würde.

In der vierten Unfallwoche erklärte Frey dann der Frau des Verletzten, daß sie am kommenden Samstag bei der Kasse Anfrage halten sollte, ob die polizeiliche Anmeldung des Betriebsunfalls dort schon eingetroffen sei, da erst dann die Krankenkasse ihr das erhobte Krankengeld auf 66% Prozent des Lohnes der Klasse, in der der Verletzte versichert war, auszahlen dürfe. Nach dem Geheiß müsse ihr vom 29. Unfalltag an das Krankengeld von 7,20 Mk. auf 8 Mk. erhöht werden bis zum Ablauf der ersten dreizehn Wochen. Da die Krankenkasse noch keine Meldung von der Polizei in Händen hatte, so schrieb diese auf Wunsch der Frau an diese Behörde, so daß ihr dann bei der nächsten Krankengeldauszahlung das erhöhte Krankengeld ausbezahlt werden konnte.

So verstrichen zehn volle Wochen, bis der Familie aus dem Krankenhaus die Botchaft wurde, daß der Verunglückte in den nächsten Tagen wieder das Bett auf mehrere Stunden am Tage verlassen könnte. Beim nächsten Besuch fanden die Kinder den Vater schwach und bleich vor, wie er sich abmühte an Kräften den Krankenjaal zu durchwandern. Langsam befreite sich der Zustand des Verunglückten, so daß er, voll Sehnsucht nach seinem Familienleben, Heim zc. in der zwölften Unfallwoche an den Oberarzt die Bitte richtete, doch nach Hause entlassen zu werden. Nach längerem Sträuben erhielt er dann endlich drei Tage später die Erlaubnis aus dem Spital zu „gehen“ und holte ihn auf Wunsch der Frau ein Wagen ab, nachdem ihm ein Entlassungsschein mit dem Vermerk: „Ungeheilt, auf Wunsch entlassen“ eingehändigt worden war. Frey war sofort wieder zur Hand, da, wie er bemerkte, jetzt der Verletzte seine Hilfe am nötigsten habe. Auf seinen Rat bestellte Frau Kober den nächstfolgenden Kassenarzt Dr. Fink, der den Verunglückten nach erfolgter Untersuchung ebenfalls noch für vollständig erwerbsunfähig befand und Verhaltungsmaßregeln gab. Frey erbat sich von diesem Arzte ein kurzes Attest über den Befund und schrieb dann für den Verunglückten folgenden Brief:

F. d. 14. März 02.  
An die Süddeutsche Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft zu Mainz.  
Unfallsache: Friedrich Kober, Maschinist.  
Der Unterzeichnete ist am 18. Dezember 1901 im Betrieb der Firma Schneidig & Co., Maschinenfabrik dahier, schwer verunglückt. Am 15. März 1902 wurde ich aus dem Städtischen Krankenhaus dahier entlassen und bin ich, wie das beigefügte Attest meines heilgütlichen behandelnden Kassenarztes, Herrn Dr. Fink, beweist, nach



Gängelband von kapitalistisch-junkerlich-feudalen Drahtziehern sich leiten zu lassen, dafür aber um so mehr zu lesen, zu denken und selbständig zu werden.

Die Krisis in der italienischen Metallindustrie.

(Aus dem römischen Quanti.)

In den Nationen, in denen den Unternehmern der Metallindustrie freie Konkurrenz gestattet ist, befindet sich diese Industrie in steter Entwicklung und gewährt ihren Arbeitern lohnende Beschäftigung, so daß sie bei der vermehrten Nachfrage nach Arbeitskräften in der Lage sind, ihre eigenen Interessen geltend zu machen.

Die Hauptursache der Krisis, die die italienische Metallindustrie in dieser Zeit der Profitlosigkeit und des kühlen Berechnens durchzumachen hat, ist in der Unfähigkeit der italienischen Bourgeoisie zu suchen, die nicht einmal imstande ist, ihre eigenen Obliegenheiten zu erfüllen und lieber auf bleiernem Fuß herumläuft, als ihre Kapitalien in industriellen Unternehmungen anzulegen.

Anstatt sich wie jeder andere intelligente Mensch die Naturkräfte sowie die Fortschritte der Technik und Mechanik zu nütze zu machen, um auf diese Weise höheren Gewinn zu erzielen, versucht die italienische Bourgeoisie durch allerlei unehrliche und unerlaubte Mittel die angelegten Kapitalien zu vergrößern.

In der Tat ist die italienische Metallindustrie durchaus entwicklungsfähig und in der Lage, sich durch eigene Produktion der benötigten landwirtschaftlichen und anderer Maschinen vom Ausland gänzlich unabhängig zu machen.

Die fortwährend wechselnden Regierungen haben in ihrer Kurzsichtigkeit geglaubt, daß sie mit der falschen und jesuitischen Versicherung, die nationale Industrie erfreue sich des Schutzes der Regierung, jede ausländische Konkurrenz ausschließen können.

Der in der parafittischen italienischen Metallindustrie lebende Kapitalismus beschäftigte sich nicht mit der Umgestaltung und Verbesserung seiner Etablissements, um in der Lage zu sein, der gefährlichsten, fatalen Auslandskonkurrenz die Spitze bieten zu können.

Alles dieses ist die Frucht des Protektionismus, gestützt durch die interessierten Kapitalisten unter dem Vorwand, die einheimische Industrie zu schützen und zu verteidigen, in Wahrheit aber, um die schamlosesten Ausbeutungen begehen zu können und die berechtigten Interessen der Arbeiter mit Füßen zu treten.

Derzeit dient der Schutzzoll nur dazu, daß die parafittischen Spekulanten die wahnsinnigsten und unehrlichsten Börsenmanöver unter dem Deckmantel des Patriotismus auszuführen vermögen.

Alles dieses ist die Frucht des Protektionismus, gestützt durch die interessierten Kapitalisten unter dem Vorwand, die einheimische Industrie zu schützen und zu verteidigen, in Wahrheit aber, um die schamlosesten Ausbeutungen begehen zu können und die berechtigten Interessen der Arbeiter mit Füßen zu treten.

Jetzt, nachdem die Krisis hereingebrochen ist, bleiben vollständig erwerbsunfähig. Ich habe eine Familie von Frau und fünf Kindern im Alter von 2 Jahren, 4 Jahren, 6 Jahren, 7 1/2 und 9 Jahren zu ernähren und ertrage deshalb, der zugehörigen Krankenkasse, die nächste Woche die Auszahlung des Krankengeldes einstellen wird, das Heilverfahren über die 12. Unfallwoche hinaus zu übertragen. Bald gefälligen Bescheid erwatet

Hochachtungsvoll Friedrich Kober, Bergstraße 114 IV.

So unterzeichnet schickte Kober das Schreiben gleich an die Berufsgenossenschaft ab; bei der nächsten Krankengeldzahlung erfuhr aber seine Frau, daß die Kasse nach keine Anweisung von der Berufsgenossenschaft erhalten habe. Wieder schrieb Kober einen Brief, dann eine Postkarte mit dem Inhalt, doch dem Verletzten einen Heilungsvertrag anzugeben, wenn die Ermittlungen über den Unfall noch nicht beendet seien, da doch die Familie ohne Krankengeld jetzt die Not leiden. Nach weiteren acht Tagen kam ein Bescheid von der Kasse, der auf der Post eroboren werden konnte, wie es auf dem Scheine hieß. Nachdem die zweite Postkarte abgegangen war, kam endlich der erste Heilungsvertrag, oder wie Kober den Bescheid nannte, der sogenannte "Vorbescheid". Der hatte den Inhalt, daß nach angelegten Ermittlungen der Jahresarbeitsverdienst des Verletzten, der mehr als ein Jahr im Betrieb der Firma Schmiedig & Co. beschäftigt gewesen ist, in Summa 1460 Mk. betragen habe und würde ihm ab 14. Unfallwoche die Vollrente gleich 100 Prozent gleich 973,24 Mk. pro Jahr oder 81,12 Mk. pro Monat gewährt. Einem anderen gegen diesen Bescheid konnte innerhalb acht Tagen bei der unteren Verwaltungsbehörde erhoben werden. Kober rechnete nun mit dem Verwaltungsbeamten an der Hand der Lohnzettel, die die Frau Kober ausgegeben hatte, den Verdienst nach und kam zu dem Resultat, daß der Lohn um 24 Mk. zu niedrig angelegt war. Da ja die Lohnzettelung das wichtigste war, so mußte sich Frau Kober eine Bescheinigung holen, daß der letzte Jahreslohn ihres Mannes 1484 Mk. betragen habe. Kober teilte dies der Berufsgenossenschaft mit, damit der zweite Bescheid darauf Bezug nehmen könne, bereits aber gar bald den Schein, da dadurch die Ermittlung des zweiten Bescheides verzögert wurde. Glücklicherweise erfuhr aber die Berufsgenossenschaft den erhobenen Vorwand, er, nachdem die angelegte Firma ihren "Arbeitsvertrag" bereinigt hatte. Der zweite Bescheid, der den Schlußsatz hatte, daß hiergegen innerhalb der Frist von einem Monat nach der Zustellung Beschwerde, Verfügung eingelegt werden konnte, enthält die richtige Lohnsumme von 1484 Mk. und dem entsprechend erhöhte Rente von 82,45 Mk. pro Monat. Se-

diese Parasiten auch nicht ruhig, sie machen Front gegen Ferri und die sozialistische Partei, wobei sie von der reaktionären Presse kräftig unterstützt werden; sie sind frech genug, den Verfall der italienischen Metallindustrie auf die Angriffe Ferris zurückzuführen. Dieses alles ist ja natürlich, wo es sich um die Rettung industrieller Privilegien handelt, die diesen Blutsaugern eine Quelle kolossalen, aber unerlaubten Gewinnes waren.

Und heute hat dieser vereinigte Kapitalismus noch die Schamlosigkeit, in heuchlerischer Weise das traurige Schicksal der arbeitenden Klasse zu beklagen, während er in strupeloser Weise und ohne jede Rechtfertigung tausende und aber tausende von Arbeitern zur Arbeitslosigkeit verdammt und sie damit ins Elend stürzt und dem Hunger preisgibt. Und dabei schöpft er noch aus dem Verzweiflungsschrei der Massen die Kraft, irgend welche Aufklärung der Situation durch das Parlament zu hintertreiben, sowie durch Ausübung des nötigen Drucks auf die Regierung sich die absolute Herrschaft und die bisher innegehabten Privilegien in der Metallindustrie auch fernerhin zu bewahren.

Ernesto Berzi,

Sekretär des National-Verbandes des Metallarbeiter.

Scharfmachereien der Eisen-Zeitung.

In dem kapitalistischen Hez- und Scharfmacher-Konzert, das wochenlang gegen unsere streikenden Berliner Kollegen aufgeführt wurde, hat sich die alte Tante als behende Solistin vernehmen lassen. In dem betreffenden Leitartikel wurden zunächst die von den Gürtlern und Drückern gestellten Forderungen angeführt und in den ganzen weiteren Ausführungen wurde mit keinem einzigen Worte ihre Berechtigung bestritten, sie also stillschweigend anerkannt. Die Forderungen enthalten auch in der Tat nichts Neues und nichts Undurchführbares. Den geforderten Neunstundentag haben in Deutschland heute schon hundertaufende von Arbeitern, insbesondere in Berlin besteht er in zahlreichen Betrieben aller Gewerbe und Industrien und daneben arbeiten Tausende weniger als 9 Stunden täglich. Der minimale Stundenlohn von 60 Pf. ist für Berlin mit seiner teuren Lebenshaltung sehr bescheiden, ergibt er doch nur einen Tagelohn von 5,40 Mk., womit eine Familie keine großen Sprünge machen kann.

Über auch der Widerstand der Unternehmer gegen die Forderungen der Arbeiter wurde mit keinem Worte sachlich zu rethorikertig versucht. Um so mehr wurde der „grobe Kontraktbruch“ der Arbeiter betont und den Fabrikanten der Rat gegeben, in solchen Fällen immer wieder zu versuchen, „den Verband, auf dessen Befehl die Arbeit kontraktbrüchig niedergelegt wird, haftbar zu machen. Die englische Judikatur, die im Taff-Wale-Prozess ein so höchst beachtenswertes Urteil gefällt hat, muß durchaus auch in Deutschland Platz greifen, wenn anders der Arbeitgeber nicht schonungslos jeder Willkür seiner auf ihre Besitzlosigkeit pochenden Arbeiter preisgegeben werden soll. Zu vorliegendem Falle verfügt der Metallarbeiter-Verband, wie er sich selbst rühmt, über Millionen, welches Privileg schließt ihn davon, für den Schaden, den er anrichtet, ebenso einzustehen, wie jeder Arbeitgeber, jeder Privatmann haftbar gemacht wird? Doch diese juristische Abwehrmaßregel ist leider noch immer eine Frage der Zukunft, vorerst müssen die Arbeitgeber sich ganz auf ihre eigene Kraft verlassen, und zum Glück hat diese Kraft dem Drückersstreik gegenüber nicht versagt.“

Gar sonderbar macht sich in diesem Kopfe die Welt! Wer dem Scharfmacher wohl gesagt hat, daß „die Arbeit auf Befehl des Verbandes kontraktbrüchig niedergelegt wurde“? Der „Verband“ hat weder „Kontraktbruch“ noch die Arbeitseinstellung „befohlen“, wie es überhaupt in den Gewerkschaften der Arbeiter nicht üblich ist, daß die einen befehlen und die anderen gehorchen, denn sie sind demokratische Organisationen, in denen alle Mitglieder gleiche Pflichten und Rechte haben. Über eine Arbeitseinstellung entscheiden die betreffenden Arbeiter selbst und der Verband hat nur das Recht, den Beschluß zu akzeptieren oder abzulehnen. Das kapitalistische Gehirn kann sich die Welt ohne Beherrscher

rechnen war die Rente von der 14. Woche an und die erhaltenen 30 Mk. Vorzuschuß waren in Abzug gebracht. Frey füllte nun auf Wunsch des Verunglückten, der sich auch gar nicht in dem Zahlenwerk zurecht finden konnte, wie er bemerkte, die ersten zwei Monatshefte aus. Der erste Schein erhielt die Restsumme der Rente bis 30. April 1902, der zweite Schein die Rente für den Monat Mai, die nach dem Gehalt ja im Voraus bezahlt wird. Auf Anweisung Freys kumpelte dann der Vermögensdiener auf das zuständige Polizeirevier seines Bezirkes und ließ sich da die Unterschrift beglaubigen und erhob dann am Tage darauf das Geld auf der Post.

Mitte Mai ließ Kober schon Frey bitten, doch einmal zu ihm zu kommen, da schon wieder ein „neuer Bescheid“ von der „Anstalt“ da sei. Das Schicksal enthält bloß die Bestimmung, nächster Tage vormittags 10 bis 11 Uhr bei dem Kreisarzt Dr. Pfiffing sich vorzustellen. Frey behauptete den geängstigten Vermögensdiener, daß er dieser Bestimmung Folge leisten müsse und dieser sich ja von der völligen Erwerbsunfähigkeit überzeugen würde. Im Wartezimmer dieses Gemeindefunktionärs saß Kober noch sechs Verunglückte, die alle der Entscheidung harren. Unfreundlich empfangen, im halberwarteten Zimmer entleerter sitzend, mußte Kober endlich die „peinliche Untersuchung“ über sich ergehen lassen. Nach fünf Minuten konnte er „abtreten“ und ohne Heißhunger nach Hause wandern. Nach weiteren vierzehn Tagen erhielt er dann den Bescheid, daß er auf Anraten des Kreisarztes sich in die Heilanstalt des Dr. Fertig nach G. zu begeben habe, da eine mediko-mechanische Behandlung des Verletzten am dringendsten notwendig wäre. Während dieser Heilbehandlung wurde der Ehefrau mit jedem Monate unter 15 Jahren 20 Prozent Rente, zusammen 60 Prozent des Jahresarbeitsverdienstes an Rente zu, die demnach für den Anfallung gelangte, ebenso das Heilgeld 20 Mk. Neben über diese unerwartete Erregung hatte Kober schon einen abgehenden Bescheid an die Berufsgenossenschaft aufgesetzt, den jedoch Frey mit dem Bemerkten zurückrief, daß nach dem Gehalt der Berufsgenossenschaft das Recht zuträhe, solche Erregungen vorzunehmen. Auch ihm sei wohlbekannt, daß derartige Heilanstalten den Namen „Krankenanstalten“ im Volksmunde führen, doch müsse Kober dem Ratse Folge leisten, wenn er nicht die Rente entzogen haben wollte, da er ja gegen die Anstalt selbst keine bestimmten und durchschlagenden Ablehnungsgründe habe. Kober folgte endlich nach langem Zaudern dem wohlgeleiteten Rate des Kreisarztes und reiste ab, nachdem er auf besonderen Wunsch Freys sich vorübergehend von dem jetzt behandelnden Kreisarzt Dr. Fink nochmals eingehend unter- rief, weil doch Kober durch die Kapitalbehand-

und Beherrschte, ohne Kommandanten und Untertanen so wenig denken, daß es nach dieser Schablone auch die Arbeiterorganisation beurteilt.

Einen wahren Heißhunger nach den Arbeitergroßchen in den Gewerkschaftskassen bekundet der Wunsch, die Erzeße der kapitalistischen Klassenjustiz in England gegen die dortigen Gewerkschaften auf deutschen Boden zu verpflanzen, worin man wohl einen Ersatz für die auf dem Schindanger verscharrte Zuchtbausvorlage finden würde. Wie diese Politik der Klassenplünderung auf die englischen Arbeiter gewirkt hat, sollte auch dem Scharfmacher der Eisen-Zeitung nicht unbekannt sein; wenn die sozialdemokratische Bewegung in England in den nächsten Jahren erstarbt, so wird das Hauptverdienst daran der berichtigte, von den deutschen Scharfmachern gefeierte Taff-Wale-Entscheid haben. Keinen Augenblick im Zweifel können die Scharfmacher in Deutschland darüber sein, daß die deutschen Arbeiter gegen jeden Versuch, unter irgend welchem Vorwand ihre Verbandsklassen „von Rechts wegen“ anzuräumen, sich ebenso wie ein Mann erheben würden, wie sie es 1899 gegen die Zuchtbausvorlage getan haben.

Charakteristisch für dieses Preßgelichter ist es, daß es wohl die Verbände der Arbeiter haftbar machen will, aber von einer eventuellen Verpflichtung der Arbeitgeberverbände hübsch still sich verhält. Und dieser Punkt wäre doch bei den systematisch angezeitelten Aussperrungen der Unternehmer auch sehr naheliegend.

Die „Eisen-Zeitung“ knüpft an ihre Siegesfreude heuchlerische Betrachtungen über die „Opfer dieses Streiks“, die auf der Straße bleiben sollen, weil sie die Fabrikanten „schon im Stiche gelassen haben“, über die „Summe an Opfern, an Not und Elend, die dieser vom Zaun gebrochene Streik zur Folge haben wird“, für die die Führer des Metallarbeiter-Verbandes — nicht etwa die sozialrückständigen Kühnemannner — verantwortlich gemacht werden. Demgegenüber brauchen wir nur auf die Ausführungen des Herrn v. Schulz in der Sozialen Praxis vorweisen, der ausführlich, daß, wenn die Unternehmer die Organisation der Arbeiter anerkannt hätten, es zu Verhandlungen am Gewerbegericht gekommen wäre und dann schon längst überall gearbeitet würde. Herr v. Schulz betont noch den großen Wert der Tarifgemeinschaft, die bisher den Arbeiterorganisationen wie dem wirtschaftlichen Gedeihen der Unternehmer förderlich gewesen ist, wie auch aus der Tatsache der Erneuerung der betreffenden Tarifverträge hervorgeht. Und das gilt nicht bloß für Deutschland, sondern auch für England, Amerika und Australien.

Der übermüdete Scharfmacher der „Eisen-Zeitung“ schließt seine Stillübungen: „Das Arbeitgeberertum kann jedoch aus dem Berliner Kampf wieder die immerhin trostreiche Lehre mitnehmen, daß ein fester, ehrlicher Zusammenhalt noch immer imstande ist, auch der wildesten Agitation einen Damm entgegenzusetzen. Einen Schritt weiter auf dem Wege zum deutschen Arbeitgeberbund, das ist für uns das Ergebnis des Berliner Metallarbeiterstreiks!“ Wir hoffen, daß die fortschreitend erstarrende gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter immer mehr der „wildesten Agitation“, der Gewalttätigkeit und Brutalität der Unternehmer sich erfolgreich zu erwehren in der Lage sein wird. Auch die Kühnemannner haben ihre Ardillosferse.

Abstinenz!

Auf dem kürzlich in Wien abgehaltenen Gesamtparteitag der österreichischen Sozialdemokratie stand auch die Alkoholfraße auf der Tagesordnung, worüber Dr. Fröhlich ein ausführliches Referat erstattete. Wir geben seine beachtenswerten Darlegungen hier im Auszug wieder:

Es ist heute das erste Mal, daß die Alkoholfraße einen Punkt der Tagesordnung unserer Parteitage bildet. Noch vor 10 Jahren wäre dies unmöglich gewesen. Wodurch ist es heute möglich geworden? In erster Linie dadurch, daß sich der Charakter der Antialkoholbewegung in diesen letzten Jahrzehnten ganz gewaltig geändert hat. Die ursprüngliche Mäßigkeitsbewegung, diese bürgerliche Bewegung mit moralischen Beeinflussung der Menschen ist es, die das Vertrauen der Parteigenossen untergraben hat. ... hasteten

In der „berühmten“ Anstalt glücklich angekommen, wurde Kober genau untersucht, gemessen und gewogen. Anfangs hatte er auch über das Essen zu klagen, bis er auf bristlichen Rat Freys sich das Herz nahm, dem Ehearzt und Besizer der Anstalt Vorschlag darüber zu machen. Aber wie das Essen besser wurde, wurde auch die Kur immer schlimmer für den Verletzten, der bald alle elektrisch betriebenen Maschinen der Reihe nach „besezt“ hatte. Mancher Schmerzensschrei entfuhr seinen Lippen, als die jungen Pfingstärzte es gar zu arg trieben und manchmal war er nahe daran, der Qual durch das vorzeitige Verlassen der Anstalt ein Ende zu machen. Doch der Rat Freys, an die Zukunft seiner armen Familie zu denken, die ohne Rente der bittersten Not preisgegeben wäre, ließ ihn aushalten, bis die Stunde der Erlösung schlug. Von einer Besserung spürte Kober nichts und doch eilte er freudiger der Heimat zu. Hier mußte er erfahren, daß Frey noch zweimal an die Berufsgenossenschaft schreiben mußte, bis der Familie die 60 Prozent Rente gleich 89,44 Mk. pro Monat gewährt wurden.

Am nächsten Tage begab sich der Heimgekehrte sofort zum Kassenarzt Dr. Fink, um sich wieder eingehend untersuchen zu lassen. Der Arzt erklärte, daß er keine Besserung konstatieren könne, tröstete aber den Verletzten, daß die „Zeit“ schon die gewünschte Besserung des Zustandes bringen würde. Zu Frau Kober äußerte sich jedoch der Arzt, daß sie ja dem Zustand ihres Mannes volle Aufmerksamkeit schenken möge, da in den letzten Wochen eine bedeutliche Verschlimmerung eingetreten sei. Überrascht waren aber wohl alle, als die Post einige Wochen später den bekannten Vorbescheid und dann den Einschreibebrief brachte, worin die Berufsgenossenschaft fallstrittig erklärte, daß die Rente des Verletzten vom nächsten Monat an auf 80 Prozent ermäßigt werden sei, da nach dem ausführlichen Gutachten des Anstaltsarztes Dr. Fertig eine wesentliche Besserung in dem Zustand des Verletzten eingetreten wäre. Kober erhielt also künftig nur 41,25 Mk. pro Monat Rente, da die Berufsgenossenschaft bekanntlich das Recht haben, ohne Urteil die Rente herabzusetzen. Frey gab nun dem Verletzten den Rat, sich ein ausführliches Gutachten vom Kassenarzt über seinen derzeitigen Zustand ausfertigen zu lassen, da er dann auf Grund dieses Attestes die Berufung an das Schiedsgericht eufertigen würde. Nach längerem Sträuben gab dann der ängstliche allerlei Standesrichtigen vorschlagende Kassenarzt endlich ein kurzgehalteneres Attest, das latonisch die volle Erwerbsunfähigkeit Kobers bestätigte. Mehr war trotz allen Wiltens des Verletzten von dem „sonst so liebenswürdigen“ Kassenarzt nicht zu erlangen. Auf Anraten Freys teilte sich der Verletzte noch zwei weiteren bekannten Ärzten vor, die in der Bewertung von



alle Eigenschaften einer solchen an, von der Einseitigkeit der Argumente bis zum untrüglichen Predigerton der Akteure; es waren immer nur Pastoren mit oder ohne Soutane, die Ihnen die Sünde des Trunkes vorgehalten haben, besonders des Trunkes der Arbeiter. Der Proletarier war derjenige, der das, was er hat, vertrinkt, und der immer mehr haben will, um es auch vertinken zu können. Es ist begreiflich, daß sich diese Leute nur gegen die Erscheinung des Schnapsalkoholismus gewehrt haben, gegen einen Alkoholismus, der eine Folge der ungeheuer niedrigen Lebenshaltung ist, der schlechten Wohnungsverhältnisse, der elenden Löhne, der ganzen durch den Kapitalismus herbeigeführten Vertierung, der selbst nur ein Symptom dieser Vertierung ist. Diese Menschen haben immer nur versucht, das Symptom zu bekämpfen, anstatt dort anzupacken, wo man anpacken mußte, nämlich die Klassenlage dieser Schicht durch politische und gewerkschaftliche Organisation zu heben. Und es ist ganz begreiflich, daß sich gegen diese Art der Argumentation, die immer sagt: „Saufen: Ursache, soziale Not: Folge“, jeder vernünftige Mensch wehren mußte, der den genau entgegengesetzten Zusammenhang erkannt hat.

Gäbe es nur die Form des Alkoholismus, die aus den niedrigsten Lebensverhältnissen entspringt, dann hätte eine direkt angreifende antialkoholische Bewegung überhaupt keinen Sinn. Denn dann hätten die Leute vollkommen recht, die sagen: Organisieren! Organisieren! Alles übrige kommt von selbst! Nun liegen aber die Dinge doch so, daß es neben der Trunksucht in ihrer krassesten Form noch einen Alkoholismus gibt, der alle Schichten der Bevölkerung durchsetzt, das ist der Alkoholismus, der aus den Trinkgewohnheiten folgt, wie sie heute einmal in der ganzen Welt eingebürgert sind. Dieser Alkoholismus, der aus dem mäßigen Alkoholgenuß folgt und der nicht nur unter den Nichtorganisierten, sondern auch unter den Organisierten und Organisierten besteht, das ist der Alkoholismus, der einer direkten Beeinflussung zugänglich ist, weil wir an den, der ihm zu verfallen droht, doch mit unseren Argumenten einigermassen herankommen können. Der Zahl der Opfer sowie seiner Bedeutung nach ist dieser Alkoholismus für den Kampf der Arbeiterklasse weitaus wichtiger als jener andere, krasse, brutale Schnapsalkoholismus. Wie die Dinge heute liegen, ist es so, daß die Opfer, die der Schnapsalkoholismus fordert, an Zahl durchaus zurückstehen hinter denen, die Bier und Wein fordern. Bier und Wein sind schon heute, auch der Alkoholmenge nach, die getrunken wird, weitaus gefährlicher als der Schnaps. Es wird im Bier und Wein auch hier in Wien etwa das Doppelte an Alkohol durch den Körper hindurchgeschickt als im Schnaps. Dieser Alkoholismus ist deshalb so gefährlich, weil er nicht in so krasser Form auftritt wie die Trunksucht, sondern eine ganze Menge von Schädigungen allerdings unter der so beschönigenden Trinkergrünlichkeit birgt. Aber sieht man genauer zu, so findet man, daß diese Art des Alkoholismus an erster Stelle steht, was die Zahl seiner Opfer betrifft. Auf einer internen Klinik in Prag waren von 1525 Alkoholikern 119 reine Schnapsrinker, dagegen mehr als 500 reine Bieralkoholiker, also etwa der dritte Teil. Wir haben leider von Österreich sehr wenig Daten. Aus der Schweizer Statistik ergibt sich aber, daß von den erwachsenen Männern jeder zehnte, von den Männern zwischen 40 und 60 Jahren jeder sechste an den Folgen einer alkoholischen Erkrankung stirbt. Und in den Gegenden, wo der echte, angeblich so gesunde Naturwein getrunken wird, in den Weinbauantonen, schmelt die Zahl noch bedeutend in die Höhe. Nicht an Säuferswahn, an der klar in die Augen springenden Form des Alkoholismus geht der zehnte Teil der Bevölkerung zugrunde, sondern an dem Alkoholismus, von dem die Menschen nichts wissen und der die Folge der Trinkgewohnheiten ist.

Außer der direkten Schädigung durch den Alkoholismus, die man auch feststellen kann, kommt noch die indirekte in Betracht, die in der Herabsetzung der Widerstandsfähigkeit gegen krankmachende Einflüsse aller Art besteht. Es gibt kaum eine Infektionskrankheit, die Tuberkulose eingeschlossen, die nicht alkoholisierte Individuen weitaus rascher zugrunde richtet als die Menschen, deren Widerstandskraft durch den

Alkohol nicht herabgesetzt ist. In Österreich ist gewiß die Wirkung des Alkohols auch dadurch noch schrecklicher als in der Schweiz, daß bei uns eine ganze Menge von Faktoren mit tätig ist, die den vom Alkohol begonnenen Zerstörungsprozess unterstützten Faktoren, die in der hochzivilisierten Schweiz fehlen, wo bessere Löhne, bessere Nahrung, bessere Wohnungen immerhin imstande sind, den Alkohol, der auf die Menschen losgelassen ist, in seinen Wirkungen zu mäßigen.

Was bedeutet das alles für die Arbeiterklasse? Es ist kein Zweifel, daß der gesunde Mensch zu jeder Kulturarbeit geeigneter ist als der kranke Mensch, auch daß der Mensch, der keine Bierleber, keine Bierniere, kein Bierherz hat, in der Organisationsarbeit und in den Kämpfen des Proletariats besser zu verwenden sein wird. Und es ist auch zweifellos, daß alle Faktoren, die die Klassenlage des Proletariats herabdrücken, durch die Wirkung des Alkohols noch verstärkt werden, daß die schlechte Ernährung, die in weiten Kreisen herrscht, durch den Alkohol noch zu einer größeren Gefahr wird, daß die Überarbeit durch den Alkohol in ihrer degenerierenden Wirkung noch bedeutend verstärkt wird. Alles das, was den Arbeiter ins Elend hineinstößt, wird durch den Alkoholismus in seiner Wirkung noch erhöht, alles, was ihn herauszuführen imstande ist — die Organisation jeder Art —, wird durch ihn niedergehalten, gehemmt. Wenn es nun richtig gewesen ist, die bürgerlichen Mäßigkeitsprediger zurückzuweisen, weil ihre Kurpfuscherei uns nur Zeit, Geld und Leute kostet, so muß man auch sagen: diese Form des Alkoholismus, die für selbstverständlich gehalten wird, kostet uns Zeit, Geld, Leute, und deshalb müssen wir gegen sie ankämpfen. (Beifall.) Jeder von Ihnen weiß es besser als ich, welche Schwierigkeit der Organisation von denjenigen Schichten der Arbeiterchaft bereitet werden, die noch recht innig mit den Trinkgewohnheiten verknüpft sind. Nun führt nicht jeder Tropfen Alkohol sofort zur Trunksucht. Dem gehen alle Stadien der Verbesserung der Stimmung voraus, die den unbefriedigten Menschen nicht zum Bewußtsein kommen lassen, wie sehr es ihm an aller wirklichen Befriedigung seiner Bedürfnisse mangelt. Der Alkoholismus macht aus dem unbefriedigten Menschen sehr rasch ein befriedigtes Wesen, aber er schafft eine Befriedigung nur für kurze Zeit, die jedoch der organisierten Arbeit zur Befriedigung unserer Kulturbedürfnisse direkt entgegenarbeitet, und wenn Marx gesagt hat, die Religion sei Opium für das Volk, weil sie ihm eine Befriedigung im Jenseits vorführt, so ist der Alkoholismus noch viel mehr Opium für das Volk, weil er dem Menschen schon ein glückliches Diesseits vorkauft, ihm den Druck des Elends, der der schwingende Faktor in der Aufwärtsbewegung der Massen ist, nicht so zum Bewußtsein kommen läßt, als es im nüchternen, nicht alkoholisierten Gehirn tatsächlich zum Bewußtsein kommt.

Von ungeheurer Wirkung ist dieser mäßige Alkoholismus auch in seinem Einfluß auf die Jugend. Nicht nur dem schadet der Alkohol, der in selbst trinkt, sondern er wirkt auch durch die Vergiftung der Keimzellen auf die Nachkommenschaft. Die Nachkommen von Trinkern leiden meist an schweren geistigen Störungen. Zwischen dem Trinker und dem Kind des mäßigen Trinkers liegen aber hundert Übergänge, bei denen die Leistungsfähigkeit der Gehirne der Kinder zu Schaden kommt. Aber der Alkoholismus schadet der Jugend auch dadurch, daß die Jugend in die Trinkergewohnheiten unmittelbar hineinwächst. Selbst die Schuljugend wächst nicht alkoholfrei auf, es sind bis 90 Prozent der Schulkinder, die Alkohol in irgend einer Form genießen. Das ist aber um so weniger gleichgültig, da ja der jugendliche Organismus für die Wirkungen des Alkohols in sehr hohem Maß empfänglich ist. Wenn es also richtig ist, daß dieser Alkoholismus, der aus den Trinkgewohnheiten und Trinkvorurteilen entspringt, so gefährlich ist, so ist es selbstverständlich, daß man ihn nur bekämpfen kann, indem man diese Trinkvorurteile untergräbt, daß man der allgemeinen Gewohnheit des Trinkens die Gewohnheit des Nichttrinkens entgegenstellt. Dem Schaden des Alkohols steht kein irgendwie merkbarer Nutzen gegenüber.

gewiesen, die fast für die Hausmiete drängend, mußte sich Frau Kober, durch die bittere Not getrieben, dazu entschließen, eine sogenannte Monatsstelle anzunehmen, um durch Putzen und Aufwarten noch einige Mark pro Monat dazu zu verdienen. Bergleiblich wartete der Verletzte auf die beehrte Arztunterstützung. Eines schönen Tages kam dann endlich Bescheid vom Schiedsgericht, der die Ladung zum Termin enthielt, den man auf den 13. Oktober 1902 angelegt hatte. Die Ladung trug den Vermerk, daß der Kläger nicht persönlich zum Termin zu erscheinen brauche, da nach Lage der Akten entschieden würde. Die Berufsgenossenschaft hatte auch eine Gegenschritt gemacht, die der Ladung beigefügt war und sich wiederum auf das Gutachten des Anstaltsarztes stützte, die besage, daß Kober kein Leiden überbreite, also künftige. Frey verzichtete darauf, auf dieses Gutachten weiter schriftlich zu antworten, da ja Kober bestimmt erklärte, zum Termin gehen zu wollen, trotz aller Beschwerden, die sein Zustand bedingte. Er wollte den Richtern, die ja auch aus Arbeitern zum Teil bestanden, selbst seinen traurigen Zustand schildern. Doch wurde Kober sehr enttäuscht, als er im Termin wahrnehmen mußte, daß man alle fünf Minuten ein Urteil fertig hatte. Als er endlich an die Reihe kam, war die Geduld der Richter sehr erschöpft und konnte er sich nur auf einige Bemerkungen beschränken. Das Schiedsgericht willigte aber doch endlich ein, den Kläger durch den im Termin anwesenden Vertrauensarzt des Gerichtes nochmals untersuchen zu lassen. Nach kurzer Untersuchung erklärte dieser vorstehende Arzt, daß der Kläger noch zu 75 Prozent erwerbsbeschränkt wäre und erhielt Kober denn auch im Urteil eine Rente von 75 Prozent zugesprochen. So konnte er zu Hause den Harrenden nur von einem Teilerfolg berichten. Frey tröstete den ganz unzuständig gewordenen mit dem Refkurs, den er nach an das Reichsversicherungsamt nach Berlin senden werde, sobald das Urteil des Schiedsgerichtes schriftlich vorliege. Nach drei Wochen erhielt dann Kober dieses Urteil als Einschreibebrief zugesandt und fertigte Frey folgende Refkurschrift an:

„An das Reichsversicherungsamt zu Berlin.“

Gegen das Urteil des Schiedsgerichtes für Arbeiterversicherung zu B. vom 13. Oktober 1902, zugestellt am 5. November 1902, erhebe ich Refkurs und beantrage, unter Aufhebung dieses Urteils die Berufsgenossenschaft zur Gewährung der Vollrente verurteilen zu wollen. Ich verweise auf meine Berufungsschrift an das Schiedsgericht, welchem ein Urteil meines behandelnden Arztes beigelegt war. Das Schiedsgericht hat aber dieses Gutachten gar nicht beachtet, sondern meine Rente von 50 Prozent auf 75 Prozent

er macht die Menschen zufrieden, und wir brauchen unzufriedene Menschen. (Lebhafte Beifall.) Wir wollen, daß der Mensch was werde! Und weil der Alkohol dieses Erwachen hindert, deshalb ist er ein Feind der Arbeiterschaft. Aber er ist nicht nur wegen seiner direkten Wirkung ein Feind der Arbeiter, sondern auch weil er ein Machtmittel in der Hand der herrschenden Klasse ist. Die Alkoholmengen, die uns die Klöster und Feudalherrschaften liefern, nützen der herrschenden Klasse nicht nur dadurch, daß dafür ein großer Teil des Volkseinkommens ausgegeben wird, der anders besser verwendet werden könnte — in Wien werden täglich 300000 Kronen, in Österreich jeden Tag vier Millionen Kronen für Alkohol ausgegeben; in Wien wird für geistige Getränke doppelt so viel ausgegeben als für Fleisch! —, sondern auch dadurch, daß er eine alkoholisierte Bevölkerung schafft, die viel leichter zu beherrschen ist als eine nüchterne. So ist der Alkoholismus direkt eine Stütze derjenigen Gesellschaftsordnung, aus der wir hinaus wollen. Wenn die Menschen nüchtern und klar den ganzen Druck des Elends empfinden würden, so würden sie diese Zustände keinen Augenblick mehr aushalten. Ein Grund mehr für uns, den Alkoholismus zu bekämpfen! Wenn wir den Alkoholismus bekämpfen, so tun wir nichts als was uns das Programm vorschreibt: das Proletariat kampffähig zu erhalten, physisch und geistig, es mit dem Bewußtsein seiner Lage zu erfüllen, das ist die Aufgabe der Sozialdemokratie. Alles das wird aber durch den Alkoholismus außerordentlich gehemmt.

Eine neue Gesellschaft wollen wir aufbauen, der Welt ein neues Gesicht geben; dieser neuen Gesellschaft die Grundfesten zu errichten, das ist die Arbeit der politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisation. Schon diese Arbeit wird ungeheuer durch den Alkoholismus gehemmt. Aber dazu kommt noch, daß, wenn wir dieses Haus aufbauen, wir uns doch auch einen Begriff machen sollten über die Menschen, die darin wohnen. Jeder von uns muß den bloßen Gedanken schon als Schmach empfinden, daß die Menschen der neuen Gesellschaft deshalb zufrieden sein werden, weil sie alkoholisiert sind. Die Zufriedenheit wird dann aus der Gesundheit der Gehirne, aus der Befriedigung der aus einem gefunden Gehirn stammenden Bedürfnisse zur Wahrheit werden. Wenn wir die neue Welt wollen, so werden wir sie mit neuen Menschen erfüllen müssen. Nicht neue Ziele setzt uns die Utopie, aber sie gibt uns für unsere Ziele eine scharfe, wirksame neue Waffe. Es ist an uns, diese Waffe zu gebrauchen. Tun wir es! (Lebhafte Beifall.)

## Deutscher Metallarbeiter-Verband.

### Bekanntmachung.

Bezüglich der vom Vorstand eingeleiteten statistischen Erhebungen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Eisen- und Metallgießereien Deutschlands machen wir darauf aufmerksam, daß die als Musterexemplare versandten „Verständlichen Fragebogen“ als Hilfsmittel für die Erhebungen dienen und vom Vorstand in größeren Posten bezogen werden können.

Indem wir auf die Wichtigkeit dieser statistischen Erhebungen hinweisen, ersuchen wir die Ortsverwaltungen, Betriebsräte und Geschäftsführer dringend, unverzüglich die nötigen Anordnungen zu treffen, damit die ausgefüllten Fragebogen bis zu dem angegebenen Zeitpunkt, 1. Dezember 1902, an den Vorstand eingesandt werden können.

Verwaltungsstellen, in deren Geltungsbereich keine Eisen- oder Metallgießerei ist, wollen dies sofort nach hier mitteilen, damit die nötigen Hilfsformulare für die Zusammenstellung schon jetzt vorbereitet werden können und keine Verzögerung durch etwaige Reklamationen eintritt.

Die Verwaltungsstellen, die von einer in den benachbarten Ort gelegenen Gießerei Kenntnis haben, jedoch mit den darin beschäftigten Arbeitern aus irgend einer Grunde keine Verbindung haben, wollen dies dem Vorstand und dem zuständigen Bezirksleiter melden.

Aus Gleichgültigkeit und Nachlässigkeit darf keine Gießerei bei den Erhebungen übergangen werden.

Die von den Vertrauensleuten der former an die Ortsverwaltungen behufs Weiterbeförderung an den Vorstand abzuliefernden Fragebogen sind genau zu kontrollieren. Unrichtig oder nur halb ausgefüllte Fragebogen sind zu ergänzen und erst dann an den Vorstand einzusenden.

erhöht, da der anwesende Vertrauensarzt des Schiedsgerichtes nach richtiger Untersuchung nur eine Erwerbsbeschränkung um 75 Prozent konstatiert hatte. Ich muß daher meinen Antrag wiederholen, mich von einem erfahrenen Arzte nochmals eingehend untersuchen zu lassen, wodurch sicher eine völlige Erwerbsunfähigkeit nachgewiesen wird. Mein Körperzustand hat sich in letzter Woche noch mehr verschlimmert, so daß ich tagelang das Bett nicht verlassen kann.

F., den 15. November 1902.

Fr. Kober.

(Eine Abschrift meiner Refkurschrift füge ich bei.)

Frei legte auch eine zweite Abschrift wieder zu den Akten, die schon einen größeren Umfang angenommen hatten. Nach sechs Wochen erhielt dann Kober die Mitteilung vom Reichsversicherungsamt, daß auch die Berufsgenossenschaft gegen das Urteil des Schiedsgerichtes Refkurs eingeleitet habe, da dieser die gewährte Rente von 75 Prozent zu hoch ersehe, wiederum auf das Gutachten des Anstaltsarztes sich stütze, das nach eingehender Untersuchung und erfolgreicher Kur ausgefolgt sei. Frey sandte nun die Unfallakten nebst Vollmacht sofort dem Zentralarbeitersekretariat zu Berlin mit der Bitte, den Termin wahrzunehmen. Auf der Vertretung des Arbeitersekretärs vertrat das Reichsversicherungsamt die Sache und beschloß, ein Gutachten einzufordern. Als aber Kober nach weiteren vier Wochen die Postkarte erhielt, sich bei dem Chirurgen des hiesigen Krankenhauses zu melden, konnte er der Einladung keine Folge mehr leisten. Sein Zustand hatte sich sehr verschlimmert, so daß der behandelnde Arzt die Überführung des Schwerkranken in das Krankenhaus anordnen mußte, da jedenfalls eine „größere Operation“ nötig wäre. Willig fügte sich Kober in alles, was man von ihm verlangte, sein Lebensamt war brochen. Frey teilte der Berufsgenossenschaft gleich schriftlich mit, daß auf Grund des Arztgutachtens Spitalpflege zwecks Operation nötig geworden sei und erfrucht um Übernahme des Heilverfahrens und Gewährung der Familienrente während der Dauer der Spitalpflege. Zuerst wollte auch die Berufsgenossenschaft ihre Zustimmung nicht geben, daß der Verletzte in das hiesige Krankenhaus überführt werden sollte, da dort die Pflege zu hoch seien; sie willigte schließlich doch ein, die Kosten der Pflege, Operation etc. zu zahlen und gewährte der Familie wieder die 60 Prozent Rente. Zwei Tage nach der Überführung erhielt die schwergeprüfte Frau Kober die niedermetzliche Nachricht, daß ihr Mann an den Folgen der Operation, die „überragend ganz gut gelungen“ sei, gestorben wäre! Jetzt war Frey mehr denn je als Vertreter der armen Familie nötig. Bei der Anmeldung des Todesfalles am dem Standesamt erhielt Frau Kober dort deu

Unfällen einen gewissen Ruf am Orte gewonnen. Überall erhielt der Arzte den Bescheid, daß sie recht gerne helfen würden, zur Abgabe eines diesbezüglichen Gutachtens auch bereit wären, wenn — dies das Schiedsgericht von ihnen fordere!

So mußte denn Frey wohl oder übel die Berufungsschriften ausfertigen, die er in dreifacher Zahl herstellte, zwei Exemplare für das Schiedsgericht und das dritte für die Unfallakten Kober's, um stets nachschlagen zu können, was geschrieben worden war. Die Berufung hatte folgenden Wortlaut:

„Mittelsicher Nr. 1273.“

An das Schiedsgericht für Arbeiterversicherung zu B.

Gegen den Bescheid der Süddeutschen Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft vom 14. Juli 1902, zugestellt am 21. Juli 1902, erhebe ich Berufung zum Schiedsgericht. Ich beantrage, mir die Vollrente für die weitere Dauer meiner Arbeitsunfähigkeit zu gewähren.

Begründung: Wie aus den Unfallakten ersichtlich, habe ich am 18. Dezember 1901 einen sehr schweren Unfall erlitten. Auf Beschluß der Beflagten mußte ich zwecks Besserung meines Zustandes die Heilanstalt des Dr. Fertig zu G. aufsuchen und wurde aus derselben nach mehrwöchentlichem erfolgloser Kur wieder entlassen. Die Beflagte stützt sich nun auf das höchst einseitige Gutachten des Anstaltsarztes, daß in meinem Zustand insolge der Kur eine erhebliche Besserung und zwar um 50 Prozent eingetreten sei und setzte die Rente dementsprechend auf 50 Prozent der Vollrente herab. Ich bin aber heute noch gänzlich erwerbsunfähig, wie dies mein behandelnder Arzt, Herr Dr. Gluck, in beigefügtem Urteil bestätigt, der mich vor dem Eintritt und nach meiner Entlassung aus der Anstalt eingehend untersucht hatte, also wohl ein Urteil abgeben kann. Mein Zustand hat sich aber in den letzten Wochen noch verschlimmert, so daß ich manche Tage wieder bettlägerig bin. Ohne Stoa kann ich mich gar nicht mehr fortbewegen und machen es mir die anhaltendsten heftigen Schmerzen unmöglich, auch nur die geringste und leichteste Arbeit auszuführen. Da sich die beiden Arztergutachten widersprechen, so beantrage ich, daß das Schiedsgericht ein Obergutachten über meinen derzeitigen Zustand einfordert. Eine Abschrift dieser Berufung füge ich bei.

F., den 28. Juli 1902.

Fr. Kober.

Frau Kober befragte den Einschreibebrief zur Post. Man wartete geduldig das Urteil des Schiedsgerichtes ab, in dem festen Glauben, daß vorher nochmals eine ärztliche Untersuchung von diesem angeordnet würde. Auf die schmerzliche Rente von nur 41,25 Mk. an-



**Ständlich der Arbeitslosenstatistik**

ersuchen wir alle arbeitslosen Mitglieder am Orte, auch die, welche noch nicht unterstützungsberechtigt sind, sich stets bei den örtlichen Verbandsstellen zu melden.

**Ausgeschlossen aus dem Verband werden nach § 3, Abs. 3 a, des Statuts:**

- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Barmen: der Klempner August Kras, geb. am 21. Februar 1873 zu Elberfeld, Buch-Nr. 562226;
- der Klempner Paul Hüber, geb. am 5. April 1876 zu Neustadt in Schlesien, Buch-Nr. 499082;
- der Klempner Paul Puschmann, geb. am 11. Oktober 1878 zu Barmen, sämtliche wegen Streikbruch.
- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Wahrenth: der Former ? Bauer, geb. am 4. Dezember 1873 zu Wahrenth, Buch-Nr. 436405;
- der Former ? Seyfert, geb. am 4. Dezember 1873 zu Pilsen, Bezirksamt Wahrenth, Buch-Nr. 586770, beide wegen Streikbruch.
- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Hildesheim: der Former Christian Kirch, geb. am 27. Juni 1878 zu Hildesheim, Buch-Nr. 597404;
- der Former Gustav Hahn, geb. am 27. September 1878 zu Hildesheim, Buch-Nr. 498597;
- der Former Wilhelm Wüffe, geb. am 21. Februar ? zu Hildesheim, Buch-Nr. 342754, sämtliche wegen Streikbruch.
- Auf Antrag der Einzelmitglieder in Plauen: der Klempner Richard Beutner, geb. am 6. August 1875 zu Trieb bei Plauen, Buch-Nr. 454881;
- der Klempner Alfred Gottschalk, geb. am 29. November 1883 zu Hilsdorf, Buch-Nr. 597363;
- der Klempner Edwin Heinrich, geb. am 12. Januar 1884 zu Pöhlitz, Buch-Nr. 525136;
- der Klempner Heinrich Hermann, geb. 18. Juni 1897 zu Warmensteinach, Buch-Nr. 515211;
- der Klempner Max Hugo, geb. am 19. April 1878 zu Plauen, Buch-Nr. 515209;
- der Klempner Gustav Meier, geb. am 29. Mai 1880 zu Büttstedt, Buch-Nr. 403820;
- der Klempner Paul Meinel, geb. am 10. Mai 1874 zu Zannenbergstal, Buch-Nr. 532712;
- der Klempner Rudolf Monzel, geb. am 8. Januar 1876 zu Dolgen, Buch-Nr. 481670;
- der Klempner Georg Mehnert, geb. am 7. Februar 1886 zu Hof, Buch-Nr. 532750;
- der Klempner August Penzel, geb. am 11. Nov. 1877 zu Raun, Buch-Nr. 525150;
- der Klempner Richard Sauerstein, geb. am 31. März 1875 zu Plauen, Buch-Nr. 563231;
- der Klempner Fritz Schillbach, geb. am 7. Sept. 1883, Buch-Nr. 563201;
- der Klempner Otto Schumann, geb. am 13. März 1884 zu Allendorf, Buch-Nr. 532747;
- der Former Bruno Weik, geb. am 15. März 1884 zu Plauen, Buch-Nr. 525102, sämtliche wegen Streikbruch.
- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Solingen: der Former Ernst Kollhaus, geb. am ? zu ?, Buch-Nr. 482420;
- der Former Max Kettkamp, geb. am ? zu ?, Buch-Nr. 461931, beide wegen unkollegialem Verhalten.

Regen sie betreffender Anträge auf Ausschluss beziehungsweise Nichtwiederaufnahme wird hierdurch den nachstehend aufgeführten Mitgliedern Gelegenheit zur Rechtfertigung gegen die den Antrag auf Ausschluss begründenden Beschuldigungen gegeben, mit dem Bemerken, daß sie, sofern sie auf dreimalige Aufforderung an dieser Stelle sich nicht rechtfertigen, aus dem Verband ausgeschlossen werden.

Es wird zur Last gelegt: dem Mitglied F. Peters aus Koblenz, Verrentung von Verbandsgebühren, nach einem von der Verwaltungsstelle in Koblenz gestellten Antrag.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an **Theodor Werner, Stuttgart, Rote-Straße 16b** zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.  
Mit kollegialem Gruß  
Der Vorstand.

**Zur Beachtung.**

**Zuzug ist fernzuhalten:**

- von Drahtziehern nach Heiligenstadt 2;
- von Drechern nach Breslau (Maschinenbauanstalt);
- von Feingoldschlägerern nach Dresden; nach Nürnberg (Christian Schmidt, Obere Mergelgasse 12; Adam Singer, Wärenschangstr. Jean Nieß, Fürthstr.; Michael Pleiser, Paradiesstr.); nach Fürth (Ludwig Spiegelberger, Königsartenstr.); nach Stuttgart (Lützen) 2;

Beide, daß dieses schon vom Krankenhaus besorgt worden sei, und erhielt auf Wunsch eine Abschrift d. Sterbeurkunde gratis verabsichtigt, um das Sterbegeld bei der Ortskrankenkasse, das 110 Mk. betrug, erheben zu können. Mit diesem Gelde konnte sie den Verstorbenen beerdigen lassen, um das Armenabgabegeld zu vermeiden. Wohl alle die zahlreich erschienenen Leidtragenden stimmten, soweit sie dem Kollegienrat des Verstorbenen angehörten, den bewegten Worten ihres am offenen Grabe zu, daß der Verunglückte jetzt endlich nach langem Dulden Ruhe gefunden und jetzt wohl die Berufs-genossenschaft zugehen würde, daß der Verstorbenen kein Einmal geweint sei. Die Direktion der Firma Schneidig & Co. ließ durch den „Alten“ einen prachtvollen Kranz am Grabe niederlegen, der dem „treuen Mitarbeiter“ gewidmet wurde.

Von der Berufs-genossenschaft erhielt die Witwe kein Sterbegeld ausbezahlt, da ja nach dem Gesetz diese der Ortskrankenkasse Ersatz für das veranlagte Sterbegeld zu gewähren hätte. Die Ortskrankenkasse erhielt daher nur den fünfzehnten Teil des Jahresarbeitsverdienstes des Verstorbenen ausbezahlt, den auch die Witwe nur erhalten haben würde, wenn ihr Ehemann erst nach Ablauf eines Jahres nach bezüglicher Krankenkassenprüfung verstorben wäre, somit kein Anspruch mehr an die Krankenkasse bestanden haben würde.

Frey schrieb nun für die Witwe an die Berufs-genossenschaft, daß sie die gesetzlich zuzubehaltenden Hinterbliebenenrente an Stelle der Unfallrente des Verstorbenen bald gewähren möge, da Kober an den Folgen des Betriebsunfalls verstorben sei. Nachdem die Berufs-genossenschaft erst den Selbsterbeid der Witwe geprüft hatte, daß der Verstorbenen tatsächlich an den Folgen des Unfalls und an seiner Krankheit, die mit dem Unfall im Zusammenhang stand, verstorben war, gab sie der Witwe Bescheid, daß ihr eine Rente von 20 Prozent als Witwenrente bis zu ihrem Tode oder Wiederverheiratung, jedes vaterliche Kind bis zum fünfzehnten Lebensjahre ebenfalls 20 Prozent, zusammen aber nur 60 Prozent des Jahresverdienstes des Verstorbenen gezahlt würde. Auf Ansuchen Freys ließ sich Frau Kober der Verzweiflung ihrer mangelnden Kinder um Aufgebot begeben und konnte dann alle Monate ihre Rente am Postamt erheben. Sie ließ nunmehr in der Zeitung, daß sie mit einer Rente von 800 Mk. pro Monat in der letzten Gruppierung nicht leben konnte und ersuchte sich daher, zu ihrer Familie nach Oberhausen zu ziehen, da dort die Lebensverhältnisse noch billiger seien. Nachdem Frey von diesem Plan Kenntnis erhielt, schrieb er an die Berufs-genossenschaft folgenden Brief, den Frau Kober unterzeichnete:

von Formern und Eisengießereiarbeitern nach Berlin; nach Friedland i. M. (Friedländer-Eisenwerk) M.; nach Hildesheim (Gebr. Profse) St.; nach Neu-Ruppin; nach Nattungen (Koch & Wellenstein) St.; von Schleifern nach Berlin St.; von Klempnern und Installateuren nach Magdeburg St.; von Metallformern, Metallbrechern, Holzgießern und Metallschleifern nach Nürnberg (Palm) St.; von Metallarbeitern aller Branchen nach Berlin St.; nach Celle (Maschinenfabrik) St.; nach Freiberg i. Sachsen D.; nach Liegnitz (Firma Teichert & Sohn) E.; nach Neu-Strelitz (Gebr. Maack) M.; nach Ruhla i. Thür. (Gebr. Thiel) St.; von Metallblechern nach Berlin St.; von Metallgießern nach Nürnberg (Palm) D.; von Metallschlänglern nach Dresden (Siebert & Neubohd) D.; von Silberschlägern nach Schwabach (Jarnbacher) D.; (Sturm) St.; von Schleifern nach Neumarkt i. Oberpf.; (Die mit St. bezeichneten Orte sind Streitzgebiete, welche überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streil in Aussicht; L: Lohnbewegung; M: Ausperrung; D: Differenzen; N: Maßregelung; Mi: Mißstände; R: Lohn- oder Urtorf-Reduktion; F: Einführung einer Fabrikordnung.)

**Aus den Agitationsbezirken.**

**6. Bezirk.**  
Werte Kollegen! Am 1. Dezember dieses Jahres tritt Unterzeichneter sein Amt als Bezirksleiter des 6. Bezirkes an. Das ist für uns im Norden eine Neuerung, eine Einrichtung, mit der in anderen Bezirken gute Erfahrungen gemacht wurden und, wie ich bestimmt voraussehe, auch von uns werden gesammelt werden. Kollegen, wenn nun auch eine einzelne Person beauftragt wurde, mit aller Energie für die Ausbreitung unserer Organisation einzutreten, so muß aber auch jedes Mitglied unseres Bezirkes mitwirken, und dann wird es nicht ausbleiben, daß es auch hier oben an der Wasserfront vorwärts geht.  
Mit kollegialem Gruß  
Wilh. Gotthusen,  
Hamburg-Gimsbüttel, Kronebergstr. 2, part.

**Aus der Metallindustrie.**

Max Schippel schreibt in seiner wirtschaftlichen Rundschau: In den Vereinigten Staaten mehren sich die Zeichen der rückläufigen Bewegung, in erster Linie auf dem Eisenmarkt. Der Stahlmarkt ist soeben zu einer Rützung der Behälter seiner Angelegenheiten um 20 bis 40 Prozent übergegangen; weiter hat er, nach englischen Meldungen, eine Herabsetzung der Preise für Stahlbleche von 108 auf 92 Schilling für die Tonne angekündigt. Hierpont Morgan soll, nach denselben Quellen, billige Eisen- und Stahlwerkfabrikate auf den englischen Markt werfen und dort die deutsche Schleuderausfuhr noch unterbieten wollen; den Schiffen des Schiffsahrtstrakts böte sich dabei zugleich ein, im Augenblick ganz schätzenswerter Ballast für die Fahrt nach England. Die Lage in Amerika erscheint nun so ernst, als zwar die nördlichen Eisenwerke Betriebsbeschränkungen durchführen und aufrecht erhalten, während — wie so oft im Konjunkturjargon — im südlichen Staatenrevier die Hütten sich um so weniger Zwang aufzulegen, so daß niemand mehr an eine baldige „Sanierung“ des Marktes durch Bändigung der Überproduktion glaubt.

Der Rückschlag auf Europa wird noch immer am schmerzlichsten in England empfunden; und hier darf man ihn um so weniger leicht nehmen, als ein Kampf der Schleuder- und Rotationsröhren Deutschlands und Amerikas auf Kosten des englischen Absatzes und der englischen Produktion die hochgehenden schützenden Zölle der Fluten weiter verstärken müßte. Die Notierungen für Cleveland-Hoheisen sind allmählich auf den niedrigsten Stand gesunken, den sie, mit Ausnahme des Dezember 1901, seit 1898 jemals eingenommen. Der englische Schiffbau hat seine Eisennachfrage enorm kürzen müssen, die Eisenbahnen in England zeigen sorgfältig umgängliche Ausweise und tragen durch die Verringerung des Wagens- und Lokomotivbaues gleichfalls zum Rückgang in den Eisengewerben bei. Immer von neuem werden Hochöfen niedergeblasen und Herr Chamberlain und seine Getreuen verfehlen nicht, auf diese schreckenden Spuren des — Freihandelsystems hinzuweisen: Die Stahlwerke würden vom Festland im Schienengeschäft unterboten; in Mittel-England werde deutscher Halbhart billiger als seitens des Inlandes angeboten; in Schottland würden für den Schiffbau schnappe die deutsche Schleuderausfuhr die Aufträge weg. In der Tat empfindet man heute in England auch den kleinste Abseits bitter schmerzlich. Eben sind wieder die schottischen Schiffmaschinenbauereien und Lokomotivfabriken mit Arbeiterentlassungen vorgegangen, die Werkstätten am Tyne wollen demnächst die Löhne reduzieren. Herr Chamberlain weiß als alter geriffener Parteimachenermeister aus diesen Mißverhältnissen politisches Kapital zu schlagen.

Im Gegensatz zu England kommt der deutschen Produktion zu Ratte, daß der heimische Absatz ohne Zweifel im allgemeinen sich hebt, also einen gewissen Ersatz für die zunehmende Bedrängnis im Ausland zu bieten vermag. Zudem kann diese Bedrängnis leicht größer werden, als die heutige Wertensensibilität selbst bei ruhigerer Ueberzeugung annimmt. Der frühere amerikanische Zufuhrbedarf sprach

**„An die Süddeutsche Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft N. 3. 1273.“**

Am 1. August 1903 dieses Jahres verziehe ich nach Wiesfeld in Oberhessen. Ich beantrage daher, mir die zuzubehaltende Hinterbliebenenrente nach meinem neuen Wohnort Wiesfeld überweisen zu wollen.  
Hochachtungsvoll

F. ...., den ... Frau Emilie Kober.“  
Nach Wiesfeld übergesiedelt, erhielt Frau Kober auch nach mehreren Wochen die Rente ausbezahlt, nachdem das dortige Bürgermeisteramt die Rentenscheine beglaubigt hatte. Frey gab ihr den Rat mit an den Weg, stets an die Berufs-genossenschaft unter Anführung des Vorkommnisses um Zuwendung von neuen Leistungsformularen zu schreiben, sobald sie das letzte Formular verbraucht habe, ihm auch stets Nachricht zu geben, da er auch ferner mit Rat und Tat gerne zur Seite stehe.  
Nach anderthalb Jahren schrieb Frau Kober, daß sie gewillt sei, sich wieder zu verheiraten. Sie habe den Maurer Franz Wutz kennen gelernt, der ihr und ihren Kindern eine Stütze bieten wolle. Frey schrieb ihr zurück, daß bei der Wiederverheiratung ihre Rente in Wegfall komme und nur den Kindern die Rente bis zu dem fünfzehnten Lebensjahre weiterbezahlt würde. Nach erfolgter Trauung solle sie ihm nur eine Abschrift der Heiratsurkunde, die ihr kostenlos vom Standesamt ausgehändigt würde, senden und würde er den Antrag auf Abfindung schreiben. Es schrieb dann folgendes:

**„An die Süddeutsche Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft N. 3. ....“**

Ich habe mich am 2. März dieses Jahres mit dem Maurer Franz Wutz dahier verheiratet und lege zum Beweis meiner Wiederverheiratung eine Abschrift der Standesamtsurkunde bei. Ich bitte, mir um die gesetzlich zuzubehaltende Abfindungsumme baldigst auszahlen zu wollen.  
Hochachtungsvoll

Wiesfeld, den 5. März 1902. Frau Emilie Wutz, verm. Kober.“

Es erhielt dann später 60 Prozent des Jahresarbeitsverdienstes ihres ersten Mannes, gleich 890,40 Mk., als Abfindungsumme ausbezahlt, für ihre Kinder die Rente weiter, bis diese das fünfzehnte Lebensjahr miteinander erreicht haben. —  
In der Firma Schneidig & Co. distantierte man noch lange über den „Fall Kober“ und es wünschte jeder Kollege, ja vom Schicksal verschont zu bleiben, ähnliches erleben zu müssen. Jetzt sagte auch der „Alte“, daß doch nicht alles im Gesetz „happet“ und vieles noch verbessert werden müßte. Er habe es früher nie glauben wollen.

sich nicht nur in direkten deutschen Exporten nach den Vereinigten Staaten aus, sondern fast noch mehr in indirekter Weise, in starken Ausfuhr nach England. Was wird hiervon übrig bleiben, nachdem England selber die Unterbietung Deutschlands auf den schlesischen Eisenmärkten, zum Beispiel in Holland, versucht, wo die deutschen Eisenwerke um so eifriger nach Aufträgen hasteten, je mehr sich ihnen Amerika zu verschließen begann?  
In welchem Maße die Ausfuhr bisher eine Lebensbedingung für die deutschen Eisengewerke war, zeigt die Reichsstatistik, die jetzt für die ersten neun Monate 1903 vorliegt. Danach wurden im laufenden Jahre bis Ende September über 2 1/2 Millionen Tonnen Eisen und Stahl aus Deutschland ausgeführt, also mehr als doppelt so viel als noch im gleichen Zeitraum des Jahres 1900 (nicht ganz 1 1/2 Millionen Tonnen). Da die Schmelze jedoch vorwiegend Rohmaterialien und Halbfabrikate in das Ausland verschleudert, die Fertigfabrikation jedoch geradezu durch die Preishochhaltung im Innern schädigen, so ist es erklärlich, daß die Ausfuhrzunahme wesentlich bei Hoheisen und ordinären Stahlwaren sich geltend machte. Es hoch sich beispielsweise gegenüber 1901 der Export an

Rohisen	von 96288 auf 338216 Tonnen
Eisenbahnschienen	125538 = 307204
Puppeneisen, Roh-	
schienen und Trags	= 91771 = 475238
Dagegen stieg die Ausfuhr nur sehr langsam bei	
verlupferten Eisendraht	von 64245 auf 68011 Tonnen
groben abgeschliffenen	
Eisenwaren	= 42555 = 61964
Platten, Blechen zc.	= 180147 = 215563
feinen Eisenwaren nur	= 19880 = 23317

Bei Eisenbahnwaggen, Wägen und Radreifen zeigt sich sogar ein kleiner Rückgang von 37349 Tonnen auf 35918 Tonnen. Das entspricht ganz dem so oft erwähnten Bild: man schöpft seitens der „schwersten“ Industrien die heimischen Abnehmer durch Überpreise, um im Ausland um so billiger zu sein; man erschwert dadurch den abnehmenden deutschen Produktionszweigen die Ausfuhr, ja man nährt und erzeugt gegen sie eine künstliche Konkurrenz. Wenn man angeht, daß der amerikanisch-englischen Krisis noch weiter auf diesem Wege vorzudringen wollte, welche Schäden und Mißbildungen müßten daraus entstehen!

Glücklicherweise wachsen die Wägen der Rohstoffindustrie nicht so leicht in den Himmel, eben weil die kapitalistischen Interessen keine einseitigen sind und die Gegeninteressen mit der Zeit immer besser lernen, sich zu rühren und sich gleichfalls zu organisieren. So treten im Augenblick wieder bei den Vermittlungen um das Zustandekommen des Stahlwert-Verbandes die besoubernten Interessen Schlesiens hindernd in den Weg. Die schlesischen Werte sind bei ihrer ganzen Lage weit weniger mit dem Export verknüpft, als die Werte des Westens, die auf einem Vez vorzüglicher Wasserstraßen leicht die See und die zahlungsunfähigen fremden Märkte erreichen. Dazu sollen die Hauptprodukte Schlesiens, wie Stabeisen, Bleche und Draht, gar nicht in den Bereich des geplanten Syndikats fallen. Man glaubt also hier weniger an den Segen der Verbandspolitik.

Dagegen scheint man in Schlesiens eifrig an der Vervollkommnung der technischen Ausrüstung gearbeitet zu haben —, womit natürlich nicht gesagt sein soll, daß der Westen hierin dem Stillstand verfallen sei. Eine Artikelserie der Wossischen Zeitung entwirft von der leztjährigen industriellen Umwälzung Schlesiens ein sehr anschauliches Bild: Die Anwendung der elektrischen Kraft breite sich immer rascher neben der Dampfkraft aus. „Auf der Wanderung durch die ober-schlesischen Eisenwerke begegnet man den imponierendsten elektrischen Zentralen, zumeist von der Union, der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft und der Allien-gesellschaft Siemens & Halske, zum Teil auch von der Elektrizitätsgesellschaft Schudert ausgeführt, und schon sind bei verschiedenen großen Werken Erweiterungsbauten der elektrischen Anlagen, so unter anderen in großem Umfang bei der Friedenshütte, im Gange. Hierbei wird immer mehr eine glückliche Kombination der Gasmotoren mit elektrischen Maschinen in Anwendung gebracht, indem man die stark komprimierte Luft der Hochöfen zc. als Antrieb für die Gasmotoren benützt. . . Die ober-schlesische Montanindustrie versteht sich nicht nur auf die Verwendung elektrischer Kraft, sondern sie tritt auch, Eigentümliches in elektrischen Maschinen schaffend, selbständig hervor. In dieser Beziehung hat die Donnersmühlhütte eine ausgezeichnete Leistung aufzuweisen. Selbst in bedeutendem Umfang an Grubenbau interessiert, hat dieses Werk, dank der Erfindungsgabe seines Ingenieurs Ignor, ein eigenes System für elektrische Förderanlagen konstruiert, das in mehrfacher Beziehung Vorteile in sich birgt. Es handelt sich bei diesem System um den elektrischen Antrieb von Haupt-Schachtförderanlagen, durch den einerseits die Vereinigung des Dampfmaschinenbetriebs, insbesondere der Fördelanlagen, auf einen Haupttrieb bewirkt werden kann, wie sich andererseits auch Ersparnisse an Dampf und damit an Kohlenverbrauch und an der Größe der im Betrieb zu haltenen Kesselheizfläche ergeben.“ Die Wiederausnutzung des verbrauchten heißen Wasserdampfes ist durch fürnreiche, neue Kondensationsanlagen höher entwickelt worden; die Kesselfeuegase werden immer erfolgreicher zur Gewinnung von Nebenprodukten (schwefelhaltigem Ammoniak, Teer u. s. w.), sowie zur Heizung ausgenutzt. Auch große Heuanlagen von Hochöfen, Martinhüttenwerken an Stelle alter Weisen- und Puddelanlagen, Ersoßeisen- und Trägere-, sowie von Feinblechwerken, von Kohlenseparationsanlagen sind zu verzeichnen; die Königshütte baut ferner eine Raffineriefabrik. 15 Gruben sind zurzeit neu im Bau begriffen. — Dieser schwarze Wintel wird ein der älteren weißlichen. deutschen Industrie noch manche Kopfschmerzen bereiten, und auch der deutschen Arbeiterbewegung wartet hier noch manche ungetraute Auf.

**Korrespondenzen.**

**Formen.**

Ghemath. Am 25. Oktober fand im Gasthaus zum Adler eine öffentliche Gießereiarbeiterversammlung statt. Zu „Bericht der Agitationskommission“ teilte G. Steinborn mit, in welcher Weise im Geschäftsjahr 1902/1903 gearbeitet worden ist. Es seien sehr viele Abstände in den Betrieben beseitigt worden, auch bei geplanten Lohnreduzierungen und weiteren Differenzen hätte die Kommission durch entsprechendes Eingreifen ihre Pflicht erfüllt. Die Arbeiterausschüsse hätten sehr darauf zu sehen, bei vorkommenden Differenzen erst eine Bepfung der Arbeiter des betreffenden Betriebes zu arrangieren, dort unter sich einig zu werden und dann mit dem Unternehmer zu verhandeln. Es seien viele Fälle zu verzeichnen, wo beratliche Vorgehen von Erfolg war. Auch die statistischen Erhebungen würden von Jahr zu Jahr reicher werden. Scharf kritisiert Redner das Abziehen des unveranschalteten Ausschusses. Der Streit bei Vogt wurde eingehend erörtert. Redner mahnt zur größten Vorsicht mit Nebenarbeiten bei Streiks; es seien bei Vogt zwei Kollegen bestraft worden, wozu jetzt noch einer hinter Gefängnismauern liege. Weiter führt Redner aus, es seien beim Übertritt zum Metallarbeiter-Verband von 3000 Beschäftigten 350 Kollegen organisiert gewesen, 1903 dagegen seien 800 organisiert bei 2600 Beschäftigten. Es stehen also noch sehr viele dem Verband fern, weshalb er jeden Kollegen auffordert, die noch schlafenden dem Verband zuzuführen. Kollege Herzog gibt die Abrechnung von der Arbeitslosenliste bekannt und fordert die Anwesenden auf, dieser beizutreten, da sie den Kollegen große Vorteile biete. Dem Kollegen Herzog wurde einstimmig Decharge erteilt. Kollege Wiedemeyer führt die Mißstände bei Herrn Fischer an. Von außen sehe die Gießerei wie eine Villa aus, aber innen ganz anders. Wassereimer und Töpfe sind Luxus. Die Kollegen müssen täglich Bratheringe essen und die Büchsen als Wassereimer oder Waffelpföpfe benutzen. Zimmermann gibt es keinen. Erlaubt sich ein Kollege, Holz zu verlangen, wird er abgewiesen. Ist einer in der glücklichen Lage, Holz zu bekommen, so stellt ihm wieder das Weil und die Gänge. Immer noch, wie früher. Schilken soll sich



der Arbeiter gefallen lassen, aber die notwendigen Hilfsmaterialien glaubt der Unternehmer nicht anschaffen zu brauchen. Auch an Hilfsarbeitern mangelt es. Am schönsten sehe es in der Buzerei aus; im Sommer müssen die Buzer fast verbrennen, im Winter fast erfrieren. Im Frühjahr und Herbst werden sie naß, wenn sie eventuell nicht einen Regenschirm bei der Arbeit aufspannen. Bedner wundert sich, daß da von der Behörde nicht eingegriffen wird. Bei der Neuwahl der Kommission wurden die Kollegen M. Niedermeyer, Zwidauerstraße 104, M. Herzog, Zöllnerstraße 17, M. Kern, Kurzstraße 3, für das laufende Jahr gewählt.

**Leipzig.** Am 8. November hielten die Formner und Gießereiarbeiter eine öffentliche Versammlung ab, in der Kollege Hertlein über das Leben der Verbannten in Sibirien referierte. Bei „Gewerkschaftliches“ wurde vom Agitationskomitee auf die Nürnberger Firma Berg aufmerksam gemacht, die in hiesigen Blättern Formner sucht, obwohl in Nürnberg gewiß noch genügend Formner arbeitslos sind. Weiter wurde ein Antrag angenommen, die Namen der Schuldner, die Marken- und Liffengelder unterschlagen und trotz Aufforderung bis jetzt nicht bezahlt haben, in der Presse zu veröffentlichen. Es sind dies: Emil Schmidt, geb. am 17. Dezember 1856 in Morgenröthe; Emil Mucker, aeb. am 30. September 1870 in Morgenröthe; Richard Lange, geb. am 17. September 1874 in Schopflau; Max Tschow, geb. am 30. November 1869 in Stötteritz; Otto Lehmann, geb. am 2. März 1851 in Weipen; Reinhold Wolff, geb. am 30. Dezember 1879 in Möllis; Richard Wolf, geboren am 22. Dezember 1871 in Rumbisch; Karl Wollendert, geb. am 8. Januar 1868 in Königsberg; August Thielemann?, Franz Seifert?, Zähmig?, Wilhelm Hofmann?

**Nürnberg.** Gegenwärtig ist Nürnberg der reinste Zustichtsort für reisende Formner. Aus allen Gegenden kommen sie nach Nürnberg, und alle sind der Meinung, hier eine dankende und gute Beschäftigung zu finden. Am meisten sind die sächsischen Kollegen hier vertreten, hat man doch den Vorort Mägeldorf, wo die Eisengießerei Berg sich befindet, das „sächsische Mägeldorf“ getauft. Die Firma Berg ist eine der größten Gießereien Nürnbergs, es arbeiten zirka 80 bis 85 Formner darin, der Wechsel ist aber sehr groß. Täglich fangen Formner an, andere hören wieder auf. Die meisten hören immer gleich nach dem ersten Zahlung auf, und wer einmal bei Berg gearbeitet hat, der geht nicht mehr hin. Der Tagelohn ist sehr niedrig, 35 bis 36 Pf. die Stunde ist schon viel, über 40 Pf. geht es selten hinaus; wer diese verdienen will, muß schon ein vorzügliches Formner sein. Mit diesem geringen Lohn ist es aber nicht möglich in Nürnberg zu leben. In der Gießerei ist so wenig Material (Siebe, Stampfer, Sandkasten und sonstiges) vorhanden, daß man den Anforderungen, die an einen gestellt werden, nicht nachkommen kann. Erst im Laufe der letzten Woche fand eine Werkstättenversammlung statt, in der diese Mängel stark kritisiert wurden. Die Kommission, die in der Versammlung gewählt wurde, sollte am nächsten Tag bei Herrn Berg vorstellig werden und um Beilegung der Mängel nachsuchen. Herr Berg erklärte sich bereit, genügend Material zu beschaffen, ebenso erklärte er, jede angefangene Viertelstunde bezahlen zu wollen. Bisher war dies nicht der Fall, sondern, wenn die Formner noch bis 10 Minuten nach 6 Uhr arbeiteten, bekamen sie für diese Zeit (10 Minuten) nichts, und wenn sie bis 10 Minuten nach 7 Uhr arbeiteten, erhielten sie nur eine halbe Stunde bezahlt. Wenn man Herrn Berg hört, zählt er immer drauf, wo er das Geld dazu hernimmt, ist sein Geheimnis, da zu dem Betrieb nur noch etwas Bräudenbau und Dreherei gehört. Also scheint es, daß diese zwei kleinen Betriebe die ganze Gießerei herausreißen müssen. Verlangen aber diese Arbeiter mehr Lohn, dann wird auch da „draufgezählt“. Solche Forderungen sollte man den Arbeitern doch nicht mehr vormachen, denn dies glaubt ja doch niemand mehr. Wenn wir Herrn Berg einen guten Rat geben dürften, dann wäre es der, die Formner besser zu bezahlen und sein oben erwähntes Versprechen zu halten, dann wird der große Wechsel unter den Formnern in seiner Gießerei bald aufhören. — Die Firma Decker zählt auch immer auf die „hohen Formnerlöhne“ drauf, deshalb mag auch kein fremder Formner bleiben, denn diese wollen die arme Firma nicht schädigen. Die Löhne sind in dieser Gießerei gegen früher auch sehr gekürzt worden. Was die Akkordlöhne betrifft, so sind auch diese ungeheuerlich gekürzt worden. Auch bei dieser Firma geht es ein und aus wie in einem Wienenhaus. Früher, als die Formner in dieser Gießerei noch etwas verdienten, kam sehr selten ein Wechsel der Formner vor, aber seitdem Herr Decker als Teilhaber eingetreten ist, langt es überall nicht mehr. Herr Decker ist auch ein großer Organisationsfeind, vom Metallarbeiter-Verband will er absolut nichts wissen. Nun, wenn die dortigen Kollegen auch in Zukunft fest zusammenstehen, dann wird sich Herr Decker eben auch noch fügen müssen. — Die Firma Fried, eine der ältesten Gießereien in Nürnberg, sollte ebenfalls ihre Formner besser bezahlen, damit sich diese nicht immer zu beschweren brauchen. — Die Firma Späth am Dübenerdamm ist schon von jeher eine Lohnbude. Da es aber in letzter Zeit vorgekommen ist, daß den Formnern Akkord angeboten wurde, so möchten wir den Kollegen raten, bei ihrem alten Verhältnis zu bleiben und den Akkord rundweg abzulehnen. — Bei den Firmen Braun und Scharrer & Groß haben sich die Verhältnisse in bezug auf die Tagelöhne gegenüber früher nicht verschlechtert. Bei Scharrer & Groß haben sich aber die Akkordlöhne etwas verschoben, die aber wieder zurückgeholt werden können, wenn die Kollegen darauf bestehen. — Die Firma Red läßt in bezug auf Bezahlung auch viel zu wünschen übrig. Auch der Wechsel mit Formnern ist in diesem Betrieb fast. Das Überstunden- und Sonntagsarbeitsystem hat überhand genommen, deshalb sind die Verhältnisse auch so schlecht. Die Kollegen dieser Bude sollten die Verhältnisse fleißiger besuchen, damit wieder über Besserung der Zustände beraten werden kann. — Die Gießerei von Siemens-Schudert ist noch sehr jung, aber trotzdem hört man schon von Akkordreduzierungen, Überstunden und Sonntagsarbeiten. Den dortigen Kollegen rufen wir zu: Gehen in den Verband, damit die bestehenden Verhältnisse nicht noch mehr verschlechtert werden. — Die Firma Edward Carnshaw ist eine der rückständigsten von allen Nürnberger Gießereien. Die Löhne sind sehr niedrig, auch an Arbeitsmaterial fehlt es überall. Was die Beleuchtung und Ventilation anbelangt, so spotten sie aller Beschreibung. Nicht viel soll man in dieser Bude leisten, wenn man aber den ganzen Tag die Dampfung in der Hand haben muß, um etwas sehen zu können, so ist es leicht begreiflich, daß man nicht so viel leisten kann, als wenn man die Hände frei hat. Getrieben wird genug, deshalb sollte man aber auch den Formnern etwas mehr Lohn geben. — Über die Gießerei der Altweltfirma Maschinenbau-Unternehmensgesellschaft Nürnberg-Magdeburg könnte man sehr viel schreiben. Seit dem Umzug von der alten zur neuen Fabrik ist alles viel umgedreht. Den Ruf als „Verjüngungskraut“ hat diese Firma seit dieser Zeit verloren. In früheren Jahren war es eine Seltenheit, in dieser Gießerei Arbeit erlangen zu können. Heute ist dies anders; wie in den vorigen Wintern, so geht es auch da ein und aus. Seit 1900, nach dem Streik, hat da die Vielmeißerei so überhand genommen, daß man sich vor lauter Meißern gar nicht mehr auskennt. Die alten Meißer, die in diesem Betrieb groß geworden, aber heute noch rüstig sind, wurden durch jüngere ersetzt. Das heißt, die alten sind schon da, aber nach der Meinung der Ingenieure verstehen diese nichts. Trotzdem unter deren Leitung bessere Akkordlöhne bezahlt wurden als heute, prosperierte der Betrieb ausgezeichnet. Na, damals wurde auch nicht so viel Ausschuß gemacht. Heute aber probieren die Ingenieure mit den jungen Meißern so viel, und dann soll hier und dort etwas eingepart werden. Sieht man nach, dann ist einmal dieses, das andere Mal jenes Stück Ausschuß. Würden diese Künstler so weiter arbeiten, wie es die früheren Meißer getan haben, dann würden sie ihren Lohn eher verdienen und für die Formner bliebe auch mehr übrig. Was die Akkordlöhne betrifft, so kann man ihn in der Durchschnitt auf 20 bis 30 Prozent annehmen. Daß unter solchen Umständen nichts ordentliches mehr verdient werden kann, ist begreiflich. Man sollte doch meinen, die jungen Meißer wären geschickter und würden bessere Preise machen, da sie früher doch selbst mitgearbeitet haben und vielleicht später wieder mitarbeiten müssen. Einfeinder dieses glaubt nicht, daß der Herr Oberbaurat

Nieppel von dieser Preisänderung etwas weiß. Wenn dies der Fall wäre, dann stünde das mit seinen früheren Aussagen: „Er wolle haben, daß seine Arbeiter etwas verdienen“, in Widerspruch. Weiß Herr Nieppel nichts davon, dann möchten wir ihn höflichst ersuchen, diese Verhältnisse einmal zu untersuchen, damit sie beseitigt werden. Den alten Kollegen, die immer sagen, jetzt wäre es Zeit, wieder etwas anzufangen, möchte ich raten, sich der Organisation anzuschließen und dann selbst einmal anzufangen; die jungen Kollegen werden ihnen nicht in den Rücken fallen. — Zum Schluß machen wir die hiesigen Formner darauf aufmerksam, daß der Schiedsspruch von 1894 noch voll und ganz besteht. Es ist nun ihre Pflicht, ihn in allen seinen Teilen hochzuhalten.

**Metallarbeiter.**

**Magdeburg.** Die Koalitionsfreiheit der hiesigen Uhrfedermacher und ein schmählicher Arbeiterverrat. Vor einiger Zeit berichteten wir, daß sich die hiesigen Uhrfedermacher in den Deutschen Metallarbeiter-Verband mit einigen Ausnahmen organisiert haben. Dies fuhr den Prinzipalen ganz gehörig in die Knochen und die Firma Mader & Co. glaubte sofort eine Maßregelung vornehmen zu müssen. Diese hielten wir hinten, indem die Arbeiter sich in keiner Weise beirren ließen. Faul, sehr faul muß es in den ganzen Betrieben sein, sonst könnten die Herren keinen so heillosen Respekt vor der Organisation haben. Wir werden noch in nächster Zeit auf dieses Vorgehen ausführlich zurückkommen. Die letzten Wochen wurde nun alles versucht, die Arbeiter wieder aus der Organisation zu bringen und es fanden sich hierzu auch die Werkzeuge, von denen man es am letzten erwartet hätte, daß sie sich dazu hergeben, da diese gerade die größte Scharfmacherei getrieben haben. Diesen Individuen wurde von der Firma alles mögliche erzählt und schließlich noch die Vorarbeiterstelle versprochen, und so kam es, daß sie in der Lage waren, die Arbeiter wieder aus der Organisation zu treiben. Nicht in der Überzeugung sind die Arbeiter dem Drucke nachzugeben, nein, nur um die Position zu halten und Personen entlassen (der Vorarbeiter und ein Arbeiter) und für ihre Kündigungzeit der Lohn im voraus bezahlt. Die Firma schwimmt nun in Wonne. Aber eine Frage: Wer glaubt ihr, Arbeiter, wer die 208 Mk. Kündigungszahlung und wer das Versöhnungsmahl vom Samstag, den 14. November, bezahlen muß? Wir könnten euch die Antwort treffend geben, behalten sie aber für bessere Zeiten uns vor. Dreißig Männlein und vier Weiblein haben am Samstag, den 14. Nov., im Gasthaus zum Dierlam auf Geheiß der Firma Mader & Co. diesen schändlichen Arbeiterverrat gefeiert. Ein Fekolter Bier, Braten und Zigarren, das war es, was die Leute bis morgens 5 Uhr zusammenhielt. „Neben“ wurden gehalten von den Herren Mader und Woll, und man höre, von dem Musterarbeiter und unumwundenen Vorarbeiter Jakob Frey. Die Firma versprach, daß der Kassenjunker über dieses Mahl nicht ausbleiben wird. Und dem gleichen Abend hat es bei einzelnen Arbeitern schon gebummert, indem sie unter sich sagten: „Ob wir dies wohl nicht jagen müssen!“ Gewiß! Ihr Hintergänger! — Den Metallarbeitern Magdeburgs möge dieser Vorgang ein warnendes Zeichen sein. Nun noch eins. Dieses Schauspiel hat auch die Firma Kahn & Sander in sehr große Bewegung gesetzt. Das unglaubliche wurde auch hier geleistet. Die Arbeiter aber erklärten, ruhig die Dinge abzuwarten, die da kommen sollten.

**Düsseldorf.** „Es kann der Beste nicht in Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt.“ Unter diesem Spruch befindet sich in Nr. 23 des Organs des christlichen Metallarbeiter-Verbandes ein Artikel, der sich mit drei öffentlichen Metallarbeiterversammlungen beschäftigt, die in den letzten Wochen in Düsseldorf abgehalten wurden. Die Ursache der Versammlungen war folgende: Am 26. September einberufen, in welcher die Herren Wieber & Minter referierten. Als 3. Punkt hatte man „freie Diskussion“ auf die Tagesordnung gesetzt. Wenn auch einige Mitglieder unseres Verbandes die Versammlung besuchten und 10 Pf. Entree bezahlten, so natürlich nur aus dem Grunde, um an der „freien Diskussion“ teilzunehmen. Sie hatten allerdings die Rechnung ohne den Wirt, d. h. in diesem Falle unsere Kollegen in Christo, gemacht. Als der zweite Referent, Herr Minter, genötigt hatte, wies der Zeiger der Uhr auf fünf Minuten vor 11. Da wir in Düsseldorf um 11 Uhr in öffentlichen Versammlungen Polizeistunde haben, blieben für die „freie Diskussion“ noch 5 Minuten. Die Redezeit wurde auf fünf Minuten festgesetzt, so daß von unserer Seite ein Redner das Wort auf die an Kollegen auf den hingeworfenen Broden und kündigten an, daß wir in einer von unserer Seite einberufenen Versammlung die Diskussion fortsetzen würden. Diese Versammlung fand denn auch am Sonntag den 11. Oktober in Karlsruhsaal vormittags 10 1/2 Uhr statt. Zum ersten Punkt referierte Kollege Spiegel über die Berliner Auspeppung. Zum zweiten Punkt stand Fortsetzung der Debatte von der oben erwähnten christlichen Versammlung auf der Tagesordnung. Minter stellte den Antrag, die Redezeit wieder auf fünf Minuten zu beschränken. Der Antrag wurde natürlich abgelehnt. Es sprachen nun von uns die Kollegen Schweitzer und Ottilie, sowie ein Mitglied des Maurer-Verbandes, im ganzen etwa 20 Minuten lang. Nun erhielt das Wort Herr Minter, dieser sprach — 80 Minuten und endigte 2 1/2 Uhr. Natürlich rüsteten sich die Versammlungsbesucher zum Mittagessen und waren wir wiederum gezwungen, die Versammlung zu vertagen. Die Fortsetzung der Versammlung fand dann am Montag den 19. Oktober im Gewerkschaftshaus statt. Herr Minter hatte nun das schöne Plätzchen ausgeheißt, uns in unserm eigenen Heim zu überempeln. Er hatte Zettel anfertigen lassen, in denen nicht nur die Metallarbeiter, sondern auch die christlichen Holzarbeiter, Maurer u. s. w. aufgeführt wurden, diese Versammlung zu besuchen. „Christliche Arbeiter! man will euch abnutzen!“ — hieß es auf den Zetteln, und auf diesen Ton war auch der übrige Inhalt gerichtet. Frühzeitig waren denn auch die Gewerkschaftsmitglieder erschienen und triumphierend blickten sie im Saale umher. Aber ach! sie hatten sich getäuscht, es langte nicht. Es langte auch nicht anwährend. Gleich nach Eröffnung der Versammlung stellte Minter den Antrag, ein neues Bureau zu wählen und dieses paritätisch zu besetzen. Da die Versammlung lediglich eine Fortsetzung vom 11. Oktober war, wurde der Antrag mit großer Mehrheit abgelehnt. Es langte nicht! Der Vorstehende, Kollege Grapp, verlas nun die Namen auf der noch vorhandenen Rednerliste, sie enthielt 9 Namen, darunter ein Christlicher. Minter stellte nun zur Geschäftsordnung den Antrag, diese Rednerliste dahin zu ändern, daß abweichend einem christlichen und einem „Sozialdemokraten“ das Wort zu erteilen sei. Die Versammlung lehnte diese unveränderte Zustimmung mit großer Mehrheit ab. Nun forderte Minter die Christlichen auf, das Wort zu verlassen, welcher Aufforderung sie auch nachkamen. Es verließen etwa 60 bis 70 Mann den Saal. 300 bis 350 blieben zurück. Kläglich ist noch keine „Überrumpelung“ gescheitert. Die Versammlung wurde natürlich zu Ende geführt und das Gebahren der christlichen Herrschaften vor den einzelnen Diskussionstendenzen ins rechte Licht gerückt. Nachdem die „Überrumpelung“ im „sozialdemokratischen“ Gewerkschaftshaus gescheitert war, haben die Gewerkschaftsmitglieder ihren Linnut in ihrem Organ Luft gemacht und zwar unter dem einwandsfreien Spruch: „Wenn wir in möglicher Kürze auf den zwispaltigen Bandwurm eingehen, so geschieht dieses ebenfalls unter einem Vorwand und zwar: Du sollst kein falsches Zeugnis geben wider deinen Nächsten. Es ist nämlich selten in zwei Spalten so viel gelogen worden wie dort. Auf das Geschreibsel selbst einzugehen, verlohnt sich nicht der Mühe. Sachliche Momente sind nicht darin enthalten. Wir wollen nur eine Reihe von Unwahrheiten feststellen. Wir waren ja schon öfter in der Lage, den Herren Unwahrheiten nachweisen zu können, speziell Schneider in Mannheim den Führer der Hirsch-Dunderföcher in öffentlicher Versammlung zum Ringkampf aufgefordert habe. Weiter wird behauptet, daß der kollege Ottilie gefagt habe, der Metallarbeiter-Verband mit 150.000 Mitgliedern könne überhaupt keinen Streik verlieren. Das ist die zweite Unwahrheit. In Karlsruhe

die von uns verbreitet wurden, befand sich ein Druckfehler, es hieß statt Metallarbeiter „Mitarbeiter“, der christliche Artikelschreiber behauptet nun, daß bei Baternfängerei. Unwahrheit ist Nr. 8! Weiter wird behauptet, die Versammlung im Karlsruhsaal sei sehr minimal besucht gewesen; ebenfalls eine grobe bewußte Unwahrheit. Es waren 350 bis 400 Personen anwesend. Weiter heißt es in dem Artikel bezüglich der obigen Versammlung: „Ein Antrag unserer Kollegen wurde abgelehnt.“ Auch das ist unwahr. Ferner wird gefagt: Während der Ausführungen Minters seien unsere Mitglieder wütender geworden, wie ein Stier vor einem roten Lappen. Wir konstatierten Heiterkeitsausbrüche und Nachfolgen begleitet waren, von Mut keine Spur. Also auch hier gelogen. Die Behauptung, daß bei Minter zwei Mitglieder des christlichen Verbandes sich dem Vorgehen der übrigen Kollegen nicht angeschlossen, beruht auf Wahrheit, das Gegenteil ist Unwahrheit. Die achte Unwahrheit ist die, daß Grapp behauptet haben soll, wir haben die Macht und die über wir auch aus. Wenn der Artikelschreiber zum Schluß noch behauptet: „Nachdem die Christlichen den Saal verlassen hatten, war derselbe über die Hälfte leer“, so wollen wir ihm diese Behauptung schenken. Wer hat denn die christlichen Anträge mit großer Mehrheit abgelehnt? Jeder blamiert sich so gut wie er kann. Zum Schluß möchten wir noch eine Bemerkung registrieren, die dem Artikel angehängt ist, es heißt da: „Möge man in christlichen Versammlungen konsequent ein für allemal sozialdemokratischen Rednern das Wort verweigern.“ Man will also zu der früher geübten Praxis zurückkehren. Nun, uns kann's recht sein. Wir werden diesen Spuren nicht folgen. Lügen haben kurze Beine, auch dann, wenn Diskussion ausgeschloffen ist. Die „feigen Gesellen“ werden schon dafür sorgen, daß den Herren auf die schwarzen Finger und auf ihr Lügenmaul geklopft wird, wenn sie mit der Wahrheit in Konflikt geraten. Herr Minter behauptet immer, nur auf dem Boden des Christentums kann der Arbeiter seine Lage verbessern. Wenn er diese Behauptung wieder aufstellt, mag er gleich anfragen: Nur auf dem Boden seines Christentums kann in solch unverschämter Weise gelogen werden.

**Essen.** Überstundenunwesen. Zum Leidwesen der vorwärtsstrebenden Arbeiterschaft gibt es immer noch Arbeiter, die an dem von den Unternehmern und ihren Soldknechten gepredigten Grundgesetz: Lange Arbeitszeit — großer Lohn, kurze Arbeitszeit — kleiner Lohn glauben, obwohl er tausendmal widerlegt und die Arbeiterschaft es immer und immer wieder am eigenen Leibe zu spüren bekommt, wie richtig diese Sorte von Beratern aus diesem Grundgesetz für sich Kapital zu schlagen versteht. Das sieht man so recht bei Krupp, wenn Millionenaufträge eingehen. Je schneller die Aufträge erledigt sind, desto früher fließen die Millionen in die Tasche der Firma. Augenblicklich wird Tag und Nacht dort gearbeitet, auf vielen Stellen wird die Nachtzeit auf elf Stunden gestreckt, mit der Motivierung, daß dann die Arbeiter mehr zu verdienen vermögen, weil die Tageszeit ebenfalls Überstunden macht, sich also besser stellt. Viele Arbeiter, nicht allein hier in Essen, sondern allerorts, wo man mit dem Überstundenunwesen zu rechnen hat, behaupten ganz richtig, man solle den sogenannten Hilfsmessern: den Überstundenverdienst streichen, dann würden die Überstunden auch bald verschwinden. So ist es auch; gerade diese Herren sind die Befürworter der Überstunden, sie wijfen den Betriebsleitern in allen schönen Farben zu schildern, wie notwendig die Überstunden seien. Die Schläge würde aber bald eine andere werden, wenn die Herren keine Überstunden bezahlt bekämen. Die Arbeiter, die Tag- und Nachtzeit gearbeitet haben, wissen es, wie die Gesundheit durch die Überstunden untergraben wird. Gewisse Leute meinen freilich, daß die Arbeiter nur deshalb in die Welt gesetzt sind, um sich für den Unternehmer so schnell wie möglich zu ruinieren. Das Leben und die Gesundheit eines Arbeiters schämen wir aber doch höher ein, als den eines Tagediebes, der vielleicht in einer Nacht mehr verprast, als was Hunderte von fleißigen Arbeitshänden in einem Tage geschaffen haben. Jeder einseitigvolle Mensch verlangt Verstärkung der Arbeitszeit; die Männer der Wissenschaft weisen mit Recht darauf hin, wie die Gesundheit ganzer Generationen durch die lange Arbeitszeit ruiniert wird. Jedermann weiß, daß je voller die Landstraßen sind, je übermütiger die Fabrikanten werden. Es sind ja draußen genug, die auch mit dem wenigsten zufrieden sind, denken die Herren, und das ist die Zeit, wo den arbeitenden Kollegen Abzug auf Abzug gemacht wird. Dann wird empfohlen, Überstunden zu machen, um wieder auf den alten Verdienst zu kommen. Bei den Fabrikanten bedeutet eine Schicht 24 Stunden; ob der Arbeiter nun 10 oder 14 Stunden arbeitet, es ist bei ihnen nur eine Schicht. Der Fabrikant rechnet dann aus, daß der Arbeiter an einem Tage so und so viel verdient hat, wie viele Stunden er gearbeitet hat, ist Nebensache. Daher heißt es nicht: Lange Arbeitszeit — großer Lohn, sondern kurze Arbeitszeit — großer Lohn, lange Arbeitszeit — kleiner Lohn. Um das Maß der Verbitterung voll zu machen, geht das Gerücht um, es solle zu einem Denkmal für den verstorbenen Firmeninhaber Krupp unter den Arbeitern gesammelt werden. Laß die Toten ruhen! Wer ein Denkmal wünscht, der mag zusehen, wo er das Geld dafür bekommt, die Arbeiter aber haben kein Bedürfnis dafür, sie lassen die Toten ruhen.

**Berne.** Am 14. November fand hier eine Werkstättenversammlung der Arbeiter der Berner Färbefabrik, G. m. b. H., statt. Den Anlaß dazu gab ein von der Firma im vorigen Monat erlassenes Verbot, worin den Arbeitern streng unterjagt wird, während der Pausen von 8 bis 8 1/2 Uhr, sowie nachmittags von 4 bis 4 1/2 Uhr die Fabrik zu verlassen, überhaupt Bier, Butterbrot, Käse oder sonstige Lebensmittel, wenn solches von den Arbeitern verschluckt wird mitzubringen, von anderen holen zu lassen. Dieses Verbot kam so überraschend, da den Arbeitern dieser Firma, so lange die Fabrik besteht (6 bis 7 Jahre) die größte Freiheit während der Pausen gewährt wurde. Am ist vor kurzer Zeit ein neuer Geschäftsführer, namens Jäger, eingeführt worden. Dieser ist den hiesigen Arbeitern noch von früher her, wo er bei der Firma Baum, Maschinenfabrik, tätig war, bekannt. Er zeigt sich so dienstfertig, daß er morgens schon vor 6 Uhr die Fabrik nach Heringschwänzen und leeren Bierflaschen abhakt. Wenn er so weitermacht, wird er auch noch den Betriebsleiter ersetzen. Nun hatte eine Kommission des Hirsch-Dunderföcher Gewerksvereins der Klempner und Metallarbeiter ein Schreiben an den Aufsichtsrat genannter Firma gerichtet, worin höflichst gebeten wurde, dieses Verbot zurückzunehmen. Das wurde jedoch rundweg abgelehnt. Nun nahmen sämtliche Vertreter der verschiedenen Organisationen in einer Sitzung Stellung dagegen und es wurde beschloffen, einmütig vorzugehen. Nach verschiedenen Ausführungen einzelner Kollegen in dieser Werkstättenversammlung nahm zuerst unser Kollege Hauswald aus Düsseldorf als Vertreter unseres Bezirksleiters Spiegel das Wort. Er führte an, daß dieses Verbot keinen stichhaltigen Grund habe. Er ermahnte die Arbeiter, sich sämtlich zu organisieren. Von den etwa 70 dort Beschäftigten, sich 23 im Gewerksverein der Klempner und Metallarbeiter (Hirsch-Dunder), 4 im Deutschen Metallarbeiter-Verband, 3 im Glaser-Verband, 2 im Gewerksverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter (Hirsch-Dunder) und 1 im Zentralverband der Maurer. Auch rügte der Redner sehr scharf die Behauptung der Betriebsleiter, daß die Arbeiter sich nicht längerer Beratung würdig und von einer Aktion gegen die Firma Abstand auszusprechen, jedoch auf Antrag unseres Kollegen Hauswald ein Fabrik-ausschuss gewählt, bei dem jede Gewerkschaft benachrichtigt wurde. Diese Kommission wurde beauftragt, einen Tarifvertrag auszuhandeln und der Firma vorzulegen. Von sämtlichen Organisationen wurde die Sperre über betreffende Firma verhängt. Zugang von Metallarbeitern ist daher streng fernzuhalten.

**Siel.** Kartoffeln und Geringe für die Arbeiter der Kaiserlichen Werft. In der letzten Zeit nahmen wir Gelegenheit, darauf hinzuweisen, daß man im Betrieb der Kaiserlichen Werft bestrebt sei, die Akkordlöhne immer mehr herabzudrücken. Dieser Tage hat sich nun auf der Werft ein Vorgang abgespielt, der derartig bezeichnend ist, daß wir nicht umhin können, ihn, soweit er zu unserer Kenntnis gelangt ist, der Öffentlichkeit zu übergeben. Es handelt sich um folgende Tatsache: Am 14. November vormittags 11.10 Uhr



hatte der Marine-Oberbaurat Hillmann die sämtlichen zum Schiffbau gehörenden Meister und Verfertiger auf dem sogenannten Schnürboden zusammenberufen. Hier hielt der Herr an die Anwesenden eine Ansprache, die nach dem Bekunden eines unfeindlichen Orients umherfolgendes Inhalt hatte: Auf der Kaiserlichen Werft in Kiel würden die daselbst hergestellten Arbeiten viel zu teuer. Die Anwesenden sollten sich die Danziger Werft als Muster nehmen. In Danzig wären die Arbeiter auch mit Kartoffeln und geringen zufriedener. Solches Ansuchen wolle er an die Kieler Arbeiter nun zwar nicht stellen. (Sehr gnädig!) Das eine aber sei zweifellos, die Kieler arbeiteten viel zu langsam, sie müßten die Beine mehr in die Hand nehmen. Er habe sich — und nun kommt die Praxis des Herrn Oberbaurats — ein eigenes Akkordsystem ausgedacht. Dieses gehe dahin, zur Festsetzung des Preises für jede Arbeit einen Kalkulator anzustellen. Wenn ein Arbeiter dann mit dem angelegten Akkordpreis nicht auskomme, soll ein anderer Mann mit der Fertigstellung betraut werden. Gelingen es diesem, mit dem Preis auszukommen, soll der erstere Arbeiter im ersten Fall einen Verweis (!) erhalten, bei einem zweiten Falle solle er bestraft (!) werden, beim dritten Falle jedoch wegen mangelhafter Befähigung seine Entlassung erhalten. (!!) Nachdem der Oberbaurat diese gewichtigen Worte gesprochen, versuchte er zwar, seinen Ausführungen in etwas die Schärfe zu nehmen, indem er erwähnte, daß er ja auch das Wohl des Arbeiters wolle und solches schon dadurch bekundet habe, daß er die vor einiger Zeit eigentlich notwendig gewordene Entlassung einer größeren Anzahl Arbeiter nicht zur Ausführung brachte. — Da haben wir den Salat! Daß die Schiffe auf den fiskalischen Werken viel zu teuer werden, ist klar. Erstens wird die Arbeit dort weit sauberer hergestellt, denn aber wird die Verteuerung auch herbeigeführt durch die ungeheuerlich vielen Veränderungen, sowie die oft grenzenlose Verschwendung des teuren Materials. Wir erinnern an unsere früheren Ausführungen über den Bau des Panzerkreuzers „Blücher“, die Veränderungen der Einrichtungen auf der „Hohenoller“ und vieles andere mehr. Indem wir im Namen der Arbeiter schon heute den schärfsten Protest gegen die nach Kartoffeln und geringen riechende neue Akkordtabelle einlegen, behalten wir uns vor, dem Plan des Herrn Baurats in jeder Hinsicht noch näher zu treten. Den auf der Werft beschäftigten Arbeitern aber rufen wir zu: Wer nicht vollständig auf den Hund kommen will, wer nicht sieben Tage in der Woche von Kartoffeln und geringen leben will, der schließe sich seiner Gewerkschaft an, ehe es zu spät ist. Giveln in die Organisation!

**Kottbus.** Bisher haben die hiesigen Kollegen sehr selten den Namen der Metallarbeiter-Zeitung in Anspruch genommen und dadurch wohl bei vielen Kollegen den Glauben erweckt, daß die Arbeitsverhältnisse in der Metallindustrie am hiesigen Orte recht günstige seien. Doch das gerade Gegenteil ist der Fall. In den meisten Betrieben besteht hier die zehn- und elfstündige Arbeitszeit, aber auch leider meist nur auf dem Papier. Das Überstundenunwesen steht hier noch in höchster Blüte, und leider gibt es auch hier noch recht viele Kollegen, die sich förmlich darnach drängen. So ist bei der Firma Stang & Ruff eine Arbeitszeit von hundert Stunden in der Woche durchaus keine Seltenheit. Ist es doch schon vorgekommen, daß in diesem Betriebe einzelne Kollegen bis zu dreißig Stunden hintereinander gearbeitet haben. Natürlich „freiwillig“, wie der Unternehmer sagt. Mit der Freiwilligkeit ist es auch hier ein recht eigenartliches Ding; Zwang ist es nach dem Unternehmer nicht, aber wer die Überstunden nicht macht, kriegt hinaus. Ähnlich, wenn auch nicht ganz so schlimm, sieht es in den meisten Betrieben aus. So in der Kottbuser Maschinenbau-Aktiengesellschaft, bekannt unter dem Namen „Mittelnbude“. Auch hier verlangt man von den Arbeitern, besonders den Drehmern, häufig Überstunden, oft bis zwölf Uhr nachts. Wenn sich die Arbeiter weigern länger zu arbeiten, werden sie mit Geldstrafen und Entlassung bedroht. Allerdings ist es in letzter Zeit, dank dem einmütigen und festen Zusammenhalten der Kollegen, der Direktion nicht gelungen, ihre diesbezüglichen Wünsche durchzusetzen. Was die Löhne betrifft, so gilt auch für Kottbus der alte Erfahrungssatz: Lange Arbeitszeit, niedrige Löhne. Die Stundenlöhne, auch bei Akkord, bewegen sich zwischen 18 und 35 Pf. pro Stunde, und nur wenige Glückliche sind in der Lage, etwas mehr zu verdienen. In der Kesselschmiede von Gust. A. Kahle erhalten zum Beispiel ältere tüchtige Werkzeugmacher einen Stundenlohn von 28 Pf. Die Lage der Arbeiter dieser Fabrik ist eine so schlechte, daß sie es eigentlich als Glück betrachten müßten, diesem Elend so den Rücken kehren zu dürfen. Und doch ist gerade in diesem Betriebe die Angst vor der Entlassung die größte. Aus diesem Grunde mag es auch fast kein Kollege, sich der Organisation anzuschließen. Die Behandlung der Arbeiter in den meisten der hiesigen Betriebe zeigt so recht, daß Kottbus im preussischen Zunderparadies liegt. Die meisten der Unternehmer und Meister verlangen von den Arbeitern eine Unterwürfigkeit, die selbst an die Zeit der Leibeigenschaft erinnert. Wogen es Arbeiter einmal, sich auch nur leise dagegen aufzulehnen, so wird ihnen gleich mit dem Hämmerchen gedroht. Es sind dann „Feger und Aufwiegler“, eine „Schwärzbande“, die man überhaupt in dem Betrieb nicht dulden darf. Die hygienischen Einrichtungen lassen alles zu wünschen übrig. Ventilatoren, Wascheinrichtungen u. d. h. sind ganz unvollständige Dinge. Gute Schanzvorrichtungen sind selten vorhanden. Auch Einrichtungen, die, wie gute Belüftung, mehr nach dem Unternehmer als dem Arbeiter zugute kommen, werden durchaus für überflüssig gehalten. Jetzt hat hier in den letzten Wochen, gefördert durch eine kräftige Agitation, die Organisation sehr gute Fortschritte gemacht. Dieser Umstand ist den Unternehmern natürlich sehr unangenehm und man versucht daher, sich der organisierten Kollegen zu entziehen oder sie einzuschüchtern. Aus diesem Grunde werden in auswärtigen Zeitungen, besonders in Görlich, Sorau, Arnswalde, Siegnitz u. s. w. sowie auch in Pommeren Dreher, Schloßer, Formner und Maschinenarbeiter gesucht. Besonders die Kottbuser Maschinenbau-Aktiengesellschaft sucht durch Sagerate, in denen hoher Lohn und dauernde Beschäftigung versprochen wird, Metallarbeiter zur Reize nach Kottbus zu verleiten. Zu spät werden aber die auf den Seiten liegenden Kollegen gewahrt, daß sie nur zu ihrem Schaden nach Kottbus gekommen sind, denn eingestellt werden sie nicht, oder es wird ihnen ein solcher Lohn geboten, daß sie von selbst verzichteten, dafür zu arbeiten. Neben sich ältere Kollegen, so heißt es: Es werden nur jüngere Kräfte eingestellt; melden sich jüngere Kollegen, so heißt es: Wir können nur ältere Leute gebrauchen, so daß fast alle Kollegen aus einer Hoffnung reicher und um das Neugegeld ärmer die Stadt oder Weiteerzie anziehen müssen. Es ist daher den Kollegen Deutschlands, ehe sie die Reize nach Kottbus antreten, dringend zu empfehlen, sich vorher bei der hiesigen Ortsverwaltung zu erkundigen. Auch die förmlichen Offiziere der sich melbenden Arbeiter werden von den Meistern nur dazu benützt, auf die hier beschäftigten Arbeiter einen Druck auszuüben. Das es nicht einmal an Arbeitskräften ist, der die Kottbuser Maschinenbau-Aktiengesellschaft zu ihrem Arbeiterverlaß beweist, die Tatsache, daß die Meister dieser Fabrik schon heute ihren Arbeitern, besonders den Drehmern, wenn sie nach neuer Arbeit fragen, erklären: „Ja, wenn Sie welche mitgebracht, dann können Sie welche bekommen.“ Auch haben schon einzelne Entlassungen stattgefunden. Wenn das Unternehmern in Kottbus nur gewillt ist, den Arbeitern anständige Arbeitsbedingungen zu gewähren und gute Löhne zu zahlen, dann bekommt es in Kottbus genügend Arbeitskräfte und braucht sich nicht auf die Suche nach auswärtigen zu begeben. Daraus, sowohl bei Kollege nach Kottbus, ohne sich vorher bei der Ortsverwaltung zu erkundigen.

**Leipzig.** Als ein Eldorado ersten Ranges ist die Leipziger Bergwerks- und Hüttenindustrie, namentlich die Aktiengesellschaft in Bahre bei Leipzig den hiesigen Metallarbeitern bekannt, so daß die Firma abholt immer Arbeiter nach Leipzig bekommen kann. In Gumnitz, Reiza und anderen Orten werden jetzt fortgesetzt Pecher für 40 bis 50 Pf. Stundenlohn gesucht und es wird ihnen auch ein Akkordlohn bis zu 60 Pf. pro Woche versprochen. Die Kollegen erhalten jedoch nur 40 Pf. Lohn und nach vierzehn Tagen Akkord, wobei es nicht selten vorkommt, daß sie 8 bis 20 Pf. in einer vollen Woche verdienen und darauf wieder nach Hause fahren. Wir warnen deshalb die Kollegen, hierher zu kommen, de-

mit sie nicht ihr Geld verlieren. Es wird auch hier gelingen, bessere Zustände zu schaffen, wenn der Zugang ferngehalten wird.

**Neugersdorf i. S.** In der Eisenerzfabrik von Thiele haben die Arbeiter von jeher über schlechte Arbeitsverhältnisse geklagt. Da seit einiger Zeit der Geschäftsgang ein etwas flauer ist, so nahm Herr Thiele eine unerhörte Lohnreduktion vor, trotzdem er doch zweifellos im vergangenen Sommer, wo fortwährend länger gearbeitet werden mußte, viel verdient hat. Die Arbeiter, die leider zum größten Teil nicht organisiert sind, waren natürlich darüber aufs höchste empört. Die organisierten Arbeiter der Firma hatten eine Werkstubenarbeitervereinsammlung arrangiert, in der der Agitationsleiter des Metallarbeiter-Vereins für Sachsen, Kollege Haack-Leipzig, referierte. Nach dessen Ausführungen sind schon im Sommer, als der Geschäftsgang noch ein sehr guter war, den Stuhlmonteuren nicht weniger als 24 bis 35 Prozent abgezogen worden. Vor ungefähr drei Wochen wurde auch in der Dreherei auf 8 Gegenstände eine Lohnreduktion von 10 bis 50 Prozent vorgenommen. Endlich wurde dann noch bei der letzten Lohnzahlung bei den Tischschloßern, und zwar auf 19 Gegenstände, der Lohn von 10 bis 50 Prozent gekürzt. Trotz dieser Lohnreduktionen soll der Wertmeister behauptet haben, es werde noch 10 Prozent mehr bezahlt. (Das soll sich auf die Roscherische Fabrik beziehen, weil dort feinerzeit ebenfalls 10 Prozent abgezogen worden sind.) Auch die Stundenlöhne sind niedrig. So erhalten Schlosser und Dreher 18 bis 23 Pf., nur vier Ausnahmen gibt es, die 25 bis 30 Pf. erhalten. Die Ventilation ist sehr schlecht beschaffen. Beim Reinigen wird viel Staub aufgewirbelt, weil man nur Wasser und keine Sägespäne benützt. Die Gänge sind trotz ihrer Enge noch sehr oft durch Gipslöcher beengt, so daß leicht Unglücke passieren können. Ein empfindlicher Uebelstand ist, daß der ganze Durchgangsdampf im Sommer durch den ganzen Betrieb hindurchgeht, im Winter genügt dieser Dampf nicht, da müssen die Arbeiter halb erfrieren. Die Lohnauszahlung erfolgt erst Sonnabends nach Feierabend, so daß die letzten Arbeiter oft erst <sup>1</sup>/<sub>7</sub> Uhr die Fabrik verlassen können. In der Debatte wurden noch von verschiedenen Arbeitern Beschwerden vorgebracht. — So wurde bemängelt, daß keine Wascheinrichtung vorhanden ist. Die Arbeiter haben sogar 25 Pf. Strafe bekommen, wenn sie sich 5 Minuten vor Feierabend waschen. Beim Schmelzen wurde allen, die gefehlt hatten, 50 Pf. Strafe gekürzt, es wurde auch verschiedene gekündigt. Zuspätkommen wird mit 10 Pf. bestraft. Wenn aber die Arbeiter auf Material warten müssen, bekommen sie nichts. Lohnabzüge für angeblich verdorbene Arbeit in der Höhe von 2 bis 3 Mk. sind schon vorgekommen, trotzdem die Arbeiter sehr oft nichts dafür können. Aus der Versammlung ging schließlich ein Antrag ein, Kollege Haack solle mit Herrn Thiele verhandeln, damit sie wenigstens etwas erreichen. Haack lehnte das vorläufig ab. Erst möchten sich die Arbeiter der Organisation anschließen. Die Versammlung erklärte sich schließlich gegen wenige Stimmen damit einverstanden. Zum Schluß kam es noch zwischen Genossen Haack und den Vertretern der Hirsch-Daunderschen zu einem kleinen Renkontre, weil diese in provozierender Weise zum Beitritt in den Gewerbeverein aufforderten. Hoffentlich werden die Thiele'schen Arbeiter sich nun der Organisation anschließen; denn nur eine straffe Organisation ist imstande, hier Besserung zu schaffen. Das sollten auch die böhmischen Arbeiter, die in der Fabrik arbeiten, bedenken.

**Walters.** Auch hier in Walters scheint es unter den Kollegen dünnner zu wollen. Vor einigen Wochen wurden die Schlosserbauer der Firma Roden (Aktiengesellschaft) mit Lohnabzügen bedacht; die Firma versuchte bei verschiedenen Schlosspartikeln neue Einrichtungen zu treffen, zum Beispiel Gemätern der Bleche, Aufwinden der Preise auf die Decke u. s. w. Die Abzüge, die gemacht werden sollten, waren derartig, daß die Arbeiter mindestens ein Drittel ihres seitherigen Verdienites hätten einbüßen müssen, während die Fabrikanten, ohne irgend welche technische Einrichtungen nötig zu haben, einen sehr netten Extraverdienst erzielt hätten. Hier jedoch hatte die Firma die Rechnung ohne die Arbeiter gemacht. Die Schlosserarbeiter bei Roden sind schon seit längerer Zeit unter allen Walther'schen Firmen die bestorganisierten. Aus diesem Grunde waren die Kollegen auch nicht gewillt, sich diese Abzüge gefallen zu lassen. Da sie von den Vorgesetzten der Firma nicht gehört wurden, legten sie die Angelegenheit in die Hände unserer Ortsverwaltung. Von dieser wurden auch sofort die nötigen Schritte unternommen. Die anberaumten Werkstellerversammlungen waren überaus stark besucht, die 45 in Frage kommenden Akkordarbeiter waren sämtlich anwesend. Eine Werkstellerversammlung sollte vorzulegt werden, wurde aber vom Direktor in schwöcher Weise zurückgewiesen. Die Situation war eine sehr ernste geworden, der Kampf schien unaussäglich zu sein. Die Bezirksleitung wurde sofort telegraphisch davon in Kenntnis gesetzt. Am Nachmittag erschien Kollege Wallbrecht, um eine Unterhandlung in die Wege zu leiten. Doch auch dieser wurde von Herrn Roden mit den Worten abgelehnt: Er brauche keinen Vormund. Am Abend fand eine Werkstellerversammlung statt, die sehr stark besucht war. Nicht nur sämtliche Schlosserbauer, sondern auch eine sehr große Anzahl an Tagelohn beschäftigter Arbeiter, wie Presser, Pader, Stempelmacher u. s. w. waren erschienen, die alle gerufen waren, ein Zeugnis ihres Solidaritätsgedankens abzugeben. In dieser Versammlung wurde in geheimer Abstimmung mit allen gegen zwei Stimmen die Entschlossenheit der Kündigung beschlossen. Ein Vertreter der Firma, ein bei den Arbeitern im allgemeinen sehr beliebter Herr, wünschte Einlass in die Versammlung, was ihm gestattet wurde. Er erklärte im Auftrag der Firma zu kommen, um eine Unterhandlung nachzusuchen. Selbstverständlich erklärte sich der Bezirksleiter wie auch die Ortsverwaltung sofort dazu bereit. Die Firma machte auch annehmbare Konzessionen. Eine am nächsten Tage abgehaltene Werkstellerversammlung befaßte sich mit den durch die Unterhandlung erzielten Resultaten. Einige wesentliche Verbesserungen wurden von den Arbeitern noch extra verlangt, die vom Vertreter der Firma anerkannt wurden. Einstimmig wurden dann per Stimmzettel die Differenzen als beigelegt betrachtet. — Abends 8 Uhr fand im großen Saale der Waldschule eine öffentliche Versammlung statt, die überaus stark besucht war, und in welcher Kollege Wallbrecht über die Differenzen und ihre Erledigung referierte. Nach einer zugunsten des Deutschen Metallarbeiter-Vereins angenommenen Resolution wurde die Versammlung vom Vorsitzenden Höbel mit einem dreimaligen brausenden Hoch auf den Deutschen Metallarbeiter-Verein geschlossen. — Den Walther'schen Arbeitern möchten wir, wie so oft schon, auch jetzt wiederum zurufen: Hinaus in die Organisation, in den Deutschen Metallarbeiter-Verein! Scheut nicht diese geringen Bogenbeiträge, diese 40 Pf. bekommen ihr doppelt und dreifach wieder zurück. Fragt eure Kollegen bei Roden, sie werden den Verband so schätzen wissen. Hand ans Herz, Kollegen, ist es euch nicht so oft schon noch bedenkend schimmerer gegangen? Denkt zurück an die letzten Jahre, nicht nur mit fünf und zehn Prozent, nein, mit vierzig bis fünfzig, ja, sogar mit sechzig Prozent Abzug haben euch die Unternehmer bedacht. Die Unternehmer haben es verstanden, die schlechte Geschäftskonjunktur für sich auszunutzen, sie konnten euch das bieten, ihr waret ja nicht organisiert! Und, Kollegen, ist es heute anders? Lohnabzüge über Lohnabzüge, Verschlechterungen über Verschlechterungen müßt ihr aber euch ergehen lassen. Und nicht nur den Schlossbauern ergeht es so, sondern allen, Formern wie Schlichtern, Pressern wie Stempelmachern, auch allen wird schließlich noch die Haut über eure Köpfe gezogen. Das muß endlich einmal anhören: Kollegen, ihr dürft nicht mehr passiv zusehen, wie man eure ohnehin schon erbärmliche Lage immer noch mehr verschlechtert. Denkt an eure Zukunft, denkt an eure Familie! Ihr seid es euch und euren Angehörigen, ihr seid es der ganzen Menschheit schuldig, euch einer Faust zu wehren. Also, hinaus in unsere Organisation, in den Deutschen Metallarbeiter-Verein!

**Jahrg-Gezette.** Hirsch-Daundersche Fräherei. In Nr. 45 des Regulator befindet sich ein Bericht des Hirsch-Daunderschen Bezirksleiters Hampel in Gleiwitz. Der Herr berichtet da, daß der Gewerbeverein in Jahrg seit einem fastjährlingen Bestehen des Ortsvereins auf mehr über 100 Mitglieder gestiegen sei. Nach Angabe der hiesigen Mitglieder des Ortsvereins sind bis heute 50 bis 60 vorhanden. Nun, was weiß ja der Herr, daß die Hirsche es mit

den Zahlen niemals genau nehmen. Dann berichtet Herr Hampel vom Kollegen Schellens, der früher Vorsitzender des Metallarbeiter-Vereins gewesen sein soll und nun zu dem Gewerbeverein übergetreten sei. Wir fragen zuerst den Herrn Schellens: Da wir hier noch keine Verwaltungsstelle hatten, wer hat ihn dann eigentlich zum Vorsitzenden gemacht? Herr Schellens ist ein Mann, der sich eingebildet hat, er könnte in Metallarbeiter-Verein eine Stellung zu bekommen, die ihm den baronmäßigen Lebensunterhalt einbringen würde. Da dies aber bei uns nicht möglich ist, so hat er uns den Rücken gefehrt. Er hat sogar versucht, den bisherigen Vertrauensmann als unehrlich hinzustellen, was ihm aber durch die Revision unseres Bezirksleiters widerlegt wurde. Zur Charakteristik des Schellens sei nur noch angeführt, daß er sich unseren Kollegen gegenüber geäußert hat: „Ich bin ja nur zum Schein bei den Hirschen, wenn ich meine Brüder alle habe, so komme ich mit der ganzen Klasse zu euch.“ Das aber alles nur deshalb, weil er sich im Gewerbeverein nicht mehr sicher fühlt. Denn seine Kollegen haben ihn dort auch schon kennen gelernt. Er hat sich in die höchste Klasse der Krankenkasse einschreiben lassen, und weil er jetzt eine längere Freiheitsstrafe antreten sollte, ist er, nachdem schon der rate Zettel in seiner Wohnung war, ins Lazarett gegangen und läßt sich's dort nach seiner Art gut gehen.

# Rundschau.

## Streikprozesse.

„Und will sich nimmer erschöpfen und leeren!“ So kann man wahrlich ausrufen, denn die Streikprozesse in Berlin dauern fort. Der Feilenhauer Jaage stand vor dem Schöffengericht; er soll beim Feilenhauerstreik im Sommer Arbeitswillige belästigt und durch Drohung und Ehrverletzung zur Beteiligung am Streik zu bewegen gesucht haben. Die Beweisaufnahme ergab nun folgendes: Jaage hatte zu einem Kollegen beim Vorübergehen der Arbeitswilligen Gebrüder Biontel in bezug auf einen dieser Brüder geäußert: „Das ist auch einer von denen.“ Hierauf dreht sich die Brüder um, packen Jaage und schlagen ihn in roher Weise, indem einer ihm den Kopf niederdrückte und ihm Faustschläge ins Gesicht versetzte, während ihn der andere mit einem Gummischlauch bearbeitete. Auch bedrohten sie die Umstehenden mit einem Revolver. Beide befanden sich vor Gericht außerdem noch, daß ihnen von Schutzleuten der Rat gegeben worden sei, sich derartig zu bewaffnen und den Streikenden gegenüber von diesen Waffen nötigenfalls auch Gebrauch zu machen. Der Angeklagte Jaage hat nun zwar gegen die beiden waffenstolzen Prügelhelden sofort Strafantrag wegen Mißhandlung und Körperverletzung gestellt, doch ist bisher gegen seine Feiniger noch keine Anklage erhoben worden, während er selbst schon auf der Anklagebank wegen „Belästigung“ dieser Leute Platz nehmen mußte. Wegen des durch die Belästigung verübten groben Unfugs wurde er denn auch freigesprochen. Dagegen erblühte das Gericht in der Äußerung „das ist auch einer von denen“ eine Ehrverletzung und verurteilte Jaage deswegen zu drei Tagen Gefängnis. Wegen das Urteil ist Berufung eingelegt worden.

Der Schlosser Magnus soll anlässlich des Streikes bei Mehlisch groben Unfug verübt haben, wegen dessen er sich vor dem Schöffengericht zu verantworten hatte. An einem Tage waren fünf der Streikposten sitziert und im grünen Wagen nach dem Polizeipräsidium gebracht worden. Beim Einsteigen sagte einer von ihnen unter Zustimmung der übrigen zu dem neben ihm Angeklagten: „So werden erliche Arbeiter nach dem Alexanderplatz gebracht.“ Dieser erwiderte: „Wirklich traurig genug.“ Der als Zeuge geladene Schutzmann will aber außerdem noch vom Angeklagten die Worte gehört haben: „Laßt euch das nicht gefallen“, und in diesen Worten wurde von der Anklagebehörde der grobe Unfug erblickt. Da alle übrigen Zeugen aber von den intimierten Worten nichts gehört hatten, so plädierte der Verteidiger für Freisprechung. Eine Verurteilung könne auch nicht erfolgen, selbst wenn der Angeklagte jene Worte gebraucht hätte, weil in dem Ausdruck unter Berücksichtigung der ganzen begleitenden Nebenumstände noch keineswegs die Kriterien des groben Unfugs liegen. Das Gericht schloß sich den Ausführungen des Verteidigers an und erkannte auf Freisprechung.

Ebenfalls freigesprochen wurde der Schlosser Bischof. Auch dieser war, wie Dubende anderer Metallarbeiter, beim Mehlisch'schen Streike als Streikposten sitziert und mit einem Strafmandat über 50 Mk. bedacht worden. Wie gewöhnlich, so mußte auch in diesem Falle der als Zeuge geladene Schutzmann zugeben, daß der Angeklagte sich in keiner Weise einer geistlichen Verfehlung schuldig gemacht habe, sondern laut Instruktion lediglich deshalb fortgemessen und, als er nicht ging, verhaftet wurde, weil er Streikposten gestanden hatte.

Vor der achten Strafkammer des Berliner Landgerichts hatten sich ferner die Schlosser Killefitt, Reichow und Hesel zu verantworten, weil sie anlässlich des Feilenhauerstreikes im Mai dieses Jahres nach Befundungen von Polizeibeamten Arbeitswillige belästigt haben sollten und der Aufforderung, sich vom Streikort zu entfernen, nicht sogleich Folge leisteten. Alle drei sind damals sitziert worden und erhielten als Zugabe zu ihrer Verhaftung noch jeder ein Strafmandat über 30 Mk. Das Schöffengericht hatte seinerzeit die Strafe bestätigt, obwohl erwiesen war, daß die Arbeitswilligen von den Streikposten nur in ruhigen Tone angesprochen und auf den Streik aufmerksam gemacht worden waren. Die gegen das Urteil eingelegte Berufung hatte Erfolg. Die Beweiserhebung der Strafkammer erstreckte sich hauptsächlich auf die Feststellung, ob während des Streikes etwa Urwägen, Ausschreitungen und Belästigungen seitens der Streikenden verübt worden seien. Schlossermeister Freje als Zeuge betonte, von irgend welchen Ausschreitungen oder Unruhigkeiten nichts wahrgenommen zu haben. Die darauf vernommenen Schutzleute sagten übereinstimmend aus, sie hätten die Arbeitswilligen von den Streikenden begleitet sein müssen, weil diese von den Streikenden belästigt worden wären. Auf die Frage des Vorsitzenden, worin denn diese Belästigungen bestanden hätten, erwiderten die Beamten, die Arbeitswilligen seien von den Streikenden angesprochen worden, indem sie ihnen sagten, bei Freje würde gestreikt. Als darauf der Vorsitzende weiter fragte, ob sie denn in der bloßen Anrede schon eine Belästigung erblickten, antworteten die Beamten mit einem lauten „Ja“, deswegen eben hätten sie die Streikposten gerade fortgemessen und, als jene nicht gehen wollten, sitziert. Daß die Angeklagten oder andere Streikposten sich sonstige auffällig benommen, Urwägen gestiftet, Aufstände verursacht oder sonst in irgend einer Art gegen geistliche Anordnungen verstoßen haben, mußten die Beamten verneinen. In Übereinstimmung mit der Anträge des Verteidigers erkannte das Gericht auf kostenlose Freisprechung. Begründend führte der Vorsitzende aus: Durch die Zeugenaussagen sei erwiesen, daß während der Dauer des Streikes von den Anklärgen keinerlei Störung oder Gefährdung der öffentlichen Ruhe und Ordnung vorgekommen sei. Die Sittierung der Angeklagten sei in unzulässiger Weise lediglich deshalb erfolgt, weil die Streikposten gestanden haben. In der bloßen Anrede der Arbeitswilligen und deren Aufmerksamkeit auf den Streik könne eine Belästigung nicht erblickt werden. Anders würde die Sache dagegen liegen, wenn vorher wirklich Ungehörlichkeiten irgend welcher Art von den Streikenden verübt worden wären, denn dann würde die Aufforderung oder straffe Anweisung an die Streikposten, sich zu entfernen, als eine zur Erhaltung der Ruhe und Ordnung erforderliche Vorbeugungsmaßregel zu betrachten gewesen sein. Da diese Vorbeugungsmaßregeln hier aber völlig fehlten, so habe auf Freisprechung erkannt werden müssen.

Als gleichen Gründen wurde am selben Tage auch der Schraubendreher M. Lehmann vom Schöffengericht freigesprochen, der bei dem letzten Metallarbeiterstreik unter ähnlichen Verhältnissen wie im vorigen Falle polizeilich sitziert worden ist und dann ein Strafmandat erhalten hatte. Auch hier vernachte der als







